

N 20587 F

Fragen der Freiheit



Juli/August 1985
Heft 175

Soziale Bewegung

- *Das Bodenrecht - VII*

Nur sehr unbefriedigend ist auch die Vorstellung von einer Welt, in der der natürlichen Aktivität des Menschen nichts anderes zu tun übrig bliebe, als jeden Streifen Land, der Früchte für menschliche Wesen tragen könnte, zu kultivieren, jedes Blumenfeld oder jede natürliche Weide unter den Pflug zu nehmen, alle Vierfüßler oder Vögel, die sich nicht zum Nutzen des Menschen domestizieren ließen und mit ihm um Nahrung rivalisierten, auszurotten, jede Hecke oder jeden 'überflüssigen' Baum abzuhacken, sodaß in ihr kaum ein Platz übrig bliebe, wo ein wilder Strauch oder eine Blume wachsen könnte, ohne im Namen einer produktiven landwirtschaftlichen Nutzung als Unkraut ausgerissen zu werden.

John Stuart Mill

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 175

Juli/August 1985

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung

Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

<i>Redaktion</i>	Seite
Vorbetrachtung zur Bodenrechtsordnung	3
<i>Fritz Penserot</i>	
Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung - Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien - VI. Teil	5
Montezuma	39
Aus der Rede des Häuptlings Seattle vor dem Präsidenten der Vereinigten Staaten	40
<i>Werner F. W. Pohl</i>	
Bleiben Arbeitsplätze unabänderlich Mangelware?	41
Zeitspiegel	58
Mitteilungen des Seminars für freiheitliche Ordnung	62
Mitteilungen des Bad Boller Medizinischen Seminars	65
Herbsttagung des Kunst- und Kulturanthropologischen Seminars	72

Vorbetrachtung zur Bodenrechtsordnung

- Die Lösung des Bodenproblems -

»Die Natur ist Feindin ewiger Besitzungen. Sie zerstört nach festen Gesetzen alle Zeichen des Eigentums, vertilgt alle Merkmale der Formation. Allen Geschlechtern gehört die Erde; jedes hat Anspruch auf alles. Die früheren dürfen diesem Primogeniturzufalle keinen Vorzug verdanken.

Novalis

Mensch und Menschheit bilden mit der Natur, in Licht und Luft, in Wasser und Erde, mit allen Elementen ein Ganzes. Die Menschheit ist aus dieser Natur hervorgegangen, und sie wird sich in dieser und mit dieser Natur entwickeln, so wie jedes Individuum sein Leibliches aus dieser Natur empfängt und wieder zurückgibt. Im Altertum legten die vorzüglichsten Völker immer Wert darauf, als Autochthone, als aus der Erde, ihrer Heimat, selbst entsprossene zu gelten, denn in dieser Verbindung erlebten sie ihre Kraft.

Aus der Verantwortlichkeit des modernen Menschentums können wir das Verhältnis zwischen Mensch und Erde wieder im gleichen Sinne fassen: Die Menschheit als Ganzes ist ein autochthones Glied der Erde, aus der Fülle ihrer Kräfte heraus ist sie entstanden. Aus dieser Herkunft stammt das Recht auf den Boden, das elementarste Naturrecht jedes einzelnen Menschen. Mit der Geburt ist dieses Anrecht auf die Gaben der Natur als das Fundament alles Rechtlichen, als ganz allgemein geltendes Bodenrecht jedem Menschen gegeben. Es gilt mit der gleichen Lebensnotwendigkeit wie das Recht auf die Luft zum Atmen und auf den Genuß von Licht und Wasser.

Schon aus dem absoluten Abhängigkeitsverhältnis des menschlichen Lebens von den Naturelementen läßt sich das Bodenrecht begründen und herleiten. Unter dieser rein rechtlichen Perspektive sind nun die wirtschaftlichen Interessen dem Grund und Boden gegenüber zu beurteilen.

Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Zugang zu Grund und Boden. Er ist treuhänderisches Eigentum der menschlichen Gesellschaft, die den individuellen Rechtsanspruch auf die Bodennutzung regelt. Eine solche Regelung wurde z. B. in Europa seit alten Zeiten durch die »Allmendverfassung« der keltogermanischen Völker geleistet, die sich in Resten bis heute zum großen Segen der betreffenden Gemeinden erhalten hat. Volkswirtschaftlich sind folgende Voraussetzungen zu bedenken. Die Bodenrente - d. h. eine Pachteinnahme ohne eigene Arbeitsleistung -, die heute unter kapitalistischem Besitzrecht von einem Grundstück erzwungen werden kann, hängt vom Knappheitswert in einem bestimmten Siedlungsgebiet ab. Sie steigt mit der Dichte der Bevölkerung und mit der Spartätigkeit

der Anwohner unter Umständen ins Maßlose und schließt damit einen Großteil der Bevölkerung von der Bodennutzung aus.

Um alle an den Erträgen des Bodens in gerechter Weise teilnehmen zu lassen, ist es notwendig, durch eine naturrechtliche Bodenordnung den Boden von seinem Warencharakter zu befreien, indem man die anfallende Grundrente dem gesamten Gemeinwesen zuführt. Über die Gemeinde kann dann dieser Rentenertrag der Allgemeinheit und damit jedem Einzelnen zu gute kommen. Die Gemeinden könnten die Grundsteuer den bisherigen Pachtpreisen entsprechend und in einer dem Bodenwert angepaßten Höhe erheben. Sicher wäre es ein gangbarer Weg zur Neuordnung der Bodenrechtsverhältnisse, allen Grund und Boden nach und nach wieder in Gemeindebesitz überzuführen und die Nutzungsrechte nach der entsprechenden Werthöhe in Erbpacht zu vergeben. Dies könnte über ein Vorkaufsrecht bzw. durch gesetzliche Vorkaufsverpflichtung der Gemeinde gegenüber allen zum Verkauf anstehenden Liegenschaften erreicht werden. Ein anderer Weg wäre der, bei jedem Erbfall das Besitzrecht am Grund und Boden in ein Erbpachtrecht umzuwandeln, welches die persönliche Nutznießung sichern, die Spekulation aber ausschließen würde. Vielleicht würde schon eine Wertzuwachssteuer, die alle durch die Allgemeinheit zustande gekommenen Bodenwertsteigerungen erfassen würde, den angestrebten Erfolg bringen, ohne daß eine Änderung der Besitztitel nötig wäre.

Die Modalitäten, wie eine rechtlich einwandfreie Bodenordnung durchgeführt werden kann, brauchen hier nicht im einzelnen besprochen zu werden.¹ Nur eines muß festgestellt werden: Das Bodenrecht als solches kann nicht von demokratischer Abstimmung her gestaltet werden. Es ist als Naturrecht zu ordnen.

Red.

¹ Diese Thematik wird in Fragen der Freiheit seit vielen Jahren eingehend behandelt. Siehe Herbert K. R. Müllef in den Heften 51, 55, 58, 64/65, 68, 72 u.a.a.O.

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung

- Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien -

VI. Teil

Die Theorie der Bodenrente und das Problem ihrer Bewältigung

I. Von der Naturrechtstheorie der Rente zur Monopoltheorie

1. Die Rententheorie der Physiokraten
2. Die Monopoltheorie der Rente - Adam Smith

II. Die Grundrententheorie David Ricardos

Exkurs: Francis Walkers Theorie des Unternehmerlohns
Die Kritik des Karl Rodbertus an Ricardos Grundrententheorie

III. Die Grundrente ein unverdientes Einkommen - und das Problem ihrer Überwindung durch Besteuerung

1. Henry George
2. Die bürgerlichen Ökonomen
3. Systeme der Nationalisierung des Bodens
4. Hermann Heinrich Gossen
5. Léon Walras
6. Alfred Russel Wallace

IV. Sozialistische Ausweitungen des Rentenbegriffs

Die Fabian Society

V. Knappheit - die Ursache aller Renten, Zinsen und Profite

I. Von der Naturrechtstheorie der Rente zur Monopoltheorie

Eines der verhängnisvollsten Versäumnisse des herrschenden Liberalismus ist die Nichtlösung des Bodenproblems, die Nichtüberwindung des Bodenmonopols in nahezu der gesamten westlichen Welt – und dies obwohl die bedeutendsten Vertreter der Volkswirtschaftslehre längst zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die faktische Monopolposition des Privateigentums am Grund und Boden eines der größten Hindernisse für die Errichtung einer freiheitlichen, gerechten Wirtschafts- und Gesellschafts-Ordnung ist.

Nach dem »Naturrecht«, das im Keime bereits in der platonischen Philosophie enthalten ist und das die Rechtslehre des Christentums als in die »Schöpfungsordnung gepflanztes göttliches Gesetz« angesehen und das von da aus bis in die Anfänge der Volkswirtschaftswissenschaft hineingewirkt hat, hat jeder Mensch den gleichen Anspruch auf volle wirtschaftliche Bewegungsfreiheit, soweit dadurch nicht das gleiche Recht der andern verletzt wird. Hier ist der Ursprung des liberalistischen Ideals des freien Wettbewerbs: »laissez faire, laissez passer!«

Adam Smith hat es u. a. in die Worte gefaßt:

»Da mithin sämtliche Bevorzugungs- und Beschränkungssysteme vollständig wegfallen, stellt sich das klare und einfache System natürlicher Freiheit von selbst her. Jeder Mensch genießt, solange er die Gesetze des Rechtsstaates nicht übertritt, vollkommene Freiheit, sein eigenes Interesse auf seinem eigenen Wege zu verfolgen und seinen Fleiß sowohl wie sein Kapital mit dem eines jeden andern Menschen oder jeder andern Menschenklasse in Konkurrenz zu setzen.«¹

Wenn dieses Ideal erreicht ist, wird sich die »Harmonie aller Interessen« verwirklichen, die zu unendlich vermehrtem und sehr gleichmäßig verteiltem Reichtum führt. Um dieses Ziel in Freiheit zu erreichen, ist nichts anderes erforderlich, als alle dem Wettbewerb im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen, d. h. alle historisch durch Verletzung des Naturrechts entstandenen und durch die Staatsgewalt aufrechterhaltenen Machtpositionen, die einzelne Personen oder Klassen zum Schaden aller andern bevorzugen, abzuschaffen.

Der Nachweis, daß es diese feudalen Machtpositionen sind, die die Verteilung der von der Gesamtheit geschaffenen Güter bis zur krassesten Ungerechtigkeit verzerren, sodaß sie allein an der Not und Armut der großen Masse die Schuld tragen, ist das Hauptthema der frühen Ökonomik. Sie hat zu diesem Zweck die Lehre von den Monopolen und Monopolpreisen entwickelt. Denn jene Machtpositionen fallen unter den Oberbegriff des Monopols, das heißt einer Übermacht im

1 »Der Wohlstand der Nationen« dtv 1978

Konkurrenzkampf, die nicht auf einer Überlegenheit der persönlichen Begabung beruht. Die genaue Erfassung des Monopolproblems steht daher im Mittelpunkt der liberalen Ökonomik und ist zumal für das Verständnis des Problems der Bodenrente unerlässlich.

Es gibt zwei Arten von Monopolen, *natürliche*, wie z. B. klimatisch bevorzugte Landschaften oder Mineral-Lagerstätten usw., und *rechtliche*, zumal solche, die sich aus historischen Rechten herleiten. In beiden Fällen erbringen sie ihren Nutznießern Monopolpreise. Während sich aber bei den natürlichen Monopolen die durch das Monopol ermöglichten (oder auch erpreßten) überhöhten (nicht im Wettbewerb herausgebildeten) *Warenpreise* nur zu Lasten der Konsumenten auswirken, was sich freilich (siehe die Ölpreise) u. U. bereits verheerend für die gesamte Volkswirtschaft auswirken kann, drücken die *Kapitalmonopole* unmittelbar auf die Arbeitserträge. Denn wenn von den – angeblich – drei »Produktions«-Faktoren Boden, Arbeit und Kapital nur die Arbeit dem freien Wettbewerb ausgesetzt ist, während Boden und Kapital Monopolpreise für ihre »Leistung« erzwingen können, muß sich der in Wahrheit einzige Produktionsfaktor Arbeit zumeist solche Abzüge von seinem vollen Arbeitsertrag gefallen lassen, daß ihm nur noch das bare Existenzminimum gesichert bleibt, ja allzu oft nicht einmal das.

Und eben diese Situation ist in allererster Linie durch die Rechtsinstitution des Privateigentums am Grund und Boden gegeben. Das aber heißt: diese »Rechts«-Institution des Privateigentums an Grund und Boden steht in krassestem Widerspruch zum Naturrecht, das jedem Menschen das gleiche Recht auf Leben und freie Entfaltungsmöglichkeit – unter Berücksichtigung des gleichen Rechts aller andern Menchen – zugesteht, so wie es z. B. auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Mai 1949 zum Ausdruck kommt. Und dennoch ist dieses elementare Menschenrecht bis zum heutigen Tage in weitesten Teilen der Welt nicht verwirklicht. Wie konnte es dazu kommen?

* * *

Während die *Physiokraten* (außer *Turgot*) und *Adam Smith* noch glaubten, daß mit dem Wachsen der Bevölkerung und des Marktes und mit der fortschreitenden Arbeitsteilung nicht nur die gewerbliche, sondern auch die landwirtschaftliche Güterproduktion stärker wachse als die Bevölkerung – daher ja auch ihr außerordentlicher Optimismus –, nahm die zweite Generation des Ökonomischen Liberalismus, allen voran *Malthus* und *Ricardo*, das exakte Gegenteil an: das angebliche »Naturgesetz« des sinkenden Bodenertrags – und daher denn ihr tiefer Pessimismus –, vor allem auch resultierend aus *Malthus'* Bevölkerungsge-

setz, wonach die Nahrungsmittelproduktion keineswegs mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten könne. So wurde *Adam Smith*' »frohe Botschaft« der Befreiung der Menschen von Not und Plackerei in die »dismal science«, die trübe Wissenschaft der »Bourgeois-Ökonomie« verwandelt.

Damit aber wurde diese neue Prämisse zugleich die Voraussetzung und Grundlage der Rechtfertigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln Kapital und Grund und Boden und an deren angeblichen Erträgen des Profits (Kapitalzins) und der Boden- oder Grundrente.

Die Rechtfertigung des Kapitalprofits ließ sich bereits aus naturrechtlichen Prämissen herleiten, nämlich aus der von *Adam Smith* entwickelten *Lohnfondstheorie*, derzufolge das Kapital die notwendige Vorbedingung der arbeitsteiligen Wirtschaft und damit jeder größeren Gesamtproduktion ist: der Unterhalt der Arbeiter während der Produktionsperiode erfordere notwendigerweise einen Stamm von Subsistenzmitteln, den »Lohnfonds«, ehe die Produktion beginnen kann: »Diese Ansammlung muß augenscheinlich bereits stattgefunden haben, bevor er sich für eine so lange Zeit einer besonderen Beschäftigung widmen kann.« (*Smith*)

Woher aber stammt der »Lohnfonds«? Er stammt aus wirtschaftlichen Tugenden. Er ist Ersparnis des Kapitalbesitzers oder seiner Vorfahren aus den Erträgen früherer Arbeit, sowie aus dem Fleiß und der Intelligenz der Sparer und – aus seiner Enthaltensamkeit. Und warum spart ein Mensch und kapitalisiert einen Teil seines Arbeitsertrages? Um in der Zukunft einen umso größeren Genuß erzielen zu können. Dieser Genuß ist der Kapitalprofit. Gäbe es keinen Profit, so gäbe es kein Kapital, und gäbe es kein Kapital, so gäbe es keine Weiterentwicklung der Volkswirtschaft.

Und wie bestimmt sich die Höhe des Profits? Sie ergibt sich aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Markt. So stellt das gesellschaftliche Gesamtkapital als Gesamt-Lohnfonds die *Nachfrage* nach Arbeit dar, die Gesamtheit der arbeitssuchenden Arbeiter das *Angebot* von Arbeit. Danach bestimmt sich dann der Durchschnittslohn – wie der Preis jeder anderen Ware! Was nach der Auszahlung des Lohnes vom Gesamtertrage der Arbeit übrig bleibt, gehört, als Profit, dem Kapital.

Auf diese Weise wurden Kapital und Profit von *Adam Smith* naturrechtlich erklärt und damit gerechtfertigt.

Aber *Smith* hat auch angenommen, daß in jeder fortschreitenden Gesellschaft

der Lohnfonds schneller wachsen werde als die Zahl der Arbeiter und daß folglich auch der Lohn zunehmend steigen werde.

Tatsächlich aber war der Lohn eher gesunken als gestiegen, obwohl das gesellschaftliche Gesamtkapital viel schneller gewachsen war als die Zahl der Arbeiter. Wie ließ sich das erklären, ohne die Naturrechtslehre des Kapitals zu opfern? Hier half *Malthus* '»Gesetz des abnehmenden Bodenertrags«, das »Bevölkerungsgesetz«, wonach das Angebot von Arbeit dank der »Unvorsichtigkeit der Arbeiter« im Verhältnis zur Nahrungsmittelproduktion immer größer wurde und mit der Kapitalvermehrung angeblich nicht Schritt halten konnte. *Ricardo* stützte diese These noch dadurch, daß er die Nachfrage nach Arbeit viel kleiner darstellte, als *Smith* angenommen hatte, indem er durch die auch schon von *Smith* vorgenommene Unterscheidung von Anlagekapital und Umlaufkapital zu der zusätzlichen Behauptung kam, nur das relativ sich vermindern Umlaufkapital halte Nachfrage nach Arbeit, das »fixe« (Anlage-)Kapital hingegen nicht bzw. nur in wesentlich geringerem Maße. Umso wichtiger sei aber gerade deshalb die Kapitalbildung.

»So war denn durch diese Doppelkorrektur die Lohnfondstheorie des Frühliberalismus den Zwecken der »Bourgeois-Ökonomie« entsprechend umgestaltet worden ... und die Verteidigung des Profits war vollendet.«¹

* * *

Viel schwerer war die Rechtfertigung der *Grundrente*, weil hier noch keine unzweideutige naturrechtliche Theorie existierte. Zumal *Adam Smith* hatte noch keine feste Stellung zum Problem der Grundrente bezogen: In seinem System finden sich noch ziemlich unvermittelt nebeneinander: die physiokratische Rentenlehre, die Monopoltheorie, sowie die Naturrechtstheorie der Grundrente.

DIE RENTENTHEORIE DER PHYSIOKRATEN beruht auf der Vorstellung, daß grundsätzlich nur die landwirtschaftliche Produktion einen »Überschuß« über die Auslagen gewähre, das »produit net«, während die Gewerbearbeit »steril« sei. Es ist das besondere Verdienst der *Physiokratie*, daß sie immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen hat, daß alle höhere Wirtschaft und Gesellschaft – also Gewerbe, Handel, Wissenschaft, Kunst usw. – nur in dem Maße sich entwickeln können, wie die landwirtschaftliche Produktion Nahrungsüberschüsse herstellt und vermehrt. Sie wird daher nicht müde, diesen grundlegenden volkswirtschaftlichen Zusammenhang zu betonen und damit einen Aspekt in den Vordergrund geschoben zu haben, der – gerade auch aus heutiger Sicht – überhaupt nicht hoch genug gewürdigt werden kann: daß die *Erhaltung der Erde* und die *Pflege der Naturgrundlage allen Lebens* unter allen Umständen Vorrang haben muß

1 Franz Oppenheimer in 'David Ricardos Grundrententheorie', Seite 17, Berlin 1909

vor aller Prosperität der Wirtschaft und vor jeglichem privatwirtschaftlichem Erfolgsdenken. Der »Geozentrismus«* muß Vorrang haben vor dem »Industrie-zentrismus«.

Freilich verfiel die *Physiokratie* – was allerdings in jener Frühzeit der Industrie-Entwicklung noch verständlich ist – dem Irrtum, den *volkswirtschaftlichen* Überschuß der Nahrungsmittelerzeugung dem *privatwirtschaftlichen* Überschuß des Grundeigentümers gleichzusetzen. Der Gesamtertrag der Landwirtschaft, der auf Arbeit, Kapital und Grundeigentum aufgeteilt wird, ist ein anderer »Überschuß« als der »Überschuß«, der allein bei dem Grundeigentümer verbleibt, nachdem Arbeit und Kapital beliefert sind. Das aber heißt: dem Grundeigentümer fließt ein Anteil am Gesamt-»Überschuß« zu, den er nicht erarbeitet hat, sondern der Arbeiter auf seinen Feldern (vom Kapitalisten einmal ganz abgesehen).

Dies ist der Punkt, der für die Betrachtung der Meinung von *Adam Smith* von Bedeutung ist. Es ist bekannt, daß *Smith* die Auffassung der *Physiokraten* mit dem Nachweis widerlegt hat, daß *nur die Arbeit* »produziere«, die Naturkräfte lediglich durch die Produktion (der Arbeit) benützt werden. Und dennoch sagte *Smith* an anderer Stelle: »Die Bodenrente wird für die Benutzung eines produktiven Gegenstandes bezahlt; der *Boden*, der sie zahlt, *produziert* sie.« Wie kommt dieser Widerspruch zustande? Offensichtlich trägt *Smith* noch »physiokratische Reste« mit sich herum. *Oppenheimer* erklärt dies so: »daß für die gesellschaftliche Tatsache, die in der Feudalperiode (in der ja *Adam Smith* gelebt hat – 1723–1790) als Grundrente bezeichnet wurde, ganz andere Gesetze gelten als diejenigen Gesetze, die nach *Ricardo* für die kapitalistische Grundrente Geltung haben sollen.« Der Stand der Rentenbezieher war zu *Smith*' Zeiten de facto die herrschende Klasse. Grundeigentum und Grundrente beherrschten das Bild der Gesellschaft noch völlig; auch da, wo der Ursprung der Rente aus feudaler Eroberung nicht unmittelbar im Bewußtsein gewesen sein mag. Daß sich aber *Adam Smith* dieser Tatsache bewußt gewesen sein dürfte, geht für *Franz Oppenheimer* klar aus folgenden Sätzen aus dem »Wealth of Nations« hervor:

»Der Boden, welcher eine gewisse Menge von Nahrung, Kleidung und Wohnung erzeugt, kann immer eine gewisse Menge von Menschen ernähren, kleiden und beherbergen; und *welcher Art auch der dem Grundbesitzer zufallende Teil sein mag*, so wird er ihm doch immer eine verhältnismäßige *Herrschaft* über die Arbeit dieser Menschen verleihen und über die Güter, mit denen diese Arbeit ihn versorgen kann.«²

Wir kommt nun nach der Lehre der *Physiokraten* der Grundeigentümer in den Besitz des »produit net« als seines Privateinkommens, der Grundrente?

1 *Oppenheimer*

2 *Oppenheimer* a.a.O. S. 139

Turgot, der (wie in Teil I dargestellt) nicht Physiokrat im strengen Sinne, dennoch ein Freund *Quesnays* gewesen ist, hat das wie folgt dargestellt:

»In den ersten Zeiten muß der Grundeigentümer vom Landwirt nicht verschieden gewesen sein.

»Bisher haben wir den Grundeigentümer vom Landwirte noch nicht unterschieden, und ursprünglich waren sie es in der Tat nicht. Durch die Arbeit derjenigen, welche als die ersten die Felder bebaut und diese, um sich der Ernte zu versichern, eingezäunt haben, hat das Land aufgehört, Gemeingut aller zu sein, und das Grundeigentum ist entstanden.

Ehe jedoch die Gesellschaft gefestigt und die öffentliche Gewalt oder das Gesetz der Macht des einzelnen soweit überlegen geworden waren, um jedem den ruhigen Besitz seines Eigentums gegen alle fremden Eingriffe zu sichern, konnte man das Eigentum an einem Felde nur in der Weise erhalten, wie man es erworben hatte, d. h. indem man fortfuhr, es zu bebauen. Es würde nicht sicher gewesen sein, sein Feld von einem andern bearbeiten zu lassen, der, nachdem er doch, alle Mühe gehabt, nicht verstanden haben würde, daß nicht die ganze Ernte ihm gehören sollte. Außerdem konnte in dieser Zeit, wo jeder arbeitsame Mann soviel Boden fand, wie er wollte, niemand sich bewogen finden, für andere zu arbeiten. Jeder Eigentümer mußte also sein Feld selbst bearbeiten oder es ganz aufgeben.

»Fortschritt der Gesellschaft. Alle Grundstücke haben einen Herrn.

»Die Erde bevölkerte sich, und man machte sie mehr und mehr urbar. Die besten Grundstücke fanden sich mit der Zeit alle besetzt, es blieb für die zuletzt gekommenen nur unfruchtbarer Boden übrig, den die früheren zurückgewiesen hatten. Aber endlich fand jedes Stück Land seinen Herrn, und jene, welche keinen Grundbesitz erwerben konnten, hatten zuerst keinen andern Ausweg als den, ihrer Hände Arbeit unter Leitung der »besoldeten« Klasse gegen den Überfluß an Gütern des landbauenden Grundbesitzes einzutauschen.

»Die Eigentümer fangen an, die Bearbeitung des Bodens auf bezahlte Landarbeiter abzuwälzen.

»Da das Land indessen dem Besitzer, der es bearbeitete, nicht allein seinen Unterhalt gewährte, und dazu wessen er bedurfte, um auf dem Tauschwege die Mittel zur Befriedigung seiner anderen Bedürfnisse zu erwerben, sondern überdies noch einen beträchtlichen Überschuß abwarf, so konnte er damit Leute bezahlen, die seinen Boden bearbeiteten, und für die Lohnarbeiter war es gleichgültig, ob sie ihren Unterhalt in diesem oder jenem Berufe gewannen. Das Grundeigentum mußte sich also von der Bodenbearbeitung trennen und tat es auch bald.

»Ungleichheit in der Verteilung des Grundeigentums. Gründe, die sie unvermeidlich machen.

»Die ersten Grundeigentümer nahmen . . . zunächst soviel Boden in Beschlag, wie sie mit ihrer Familie bearbeiten konnten. Ein Mann, der stärker, arbeitsamer und um die Zukunft besorgter war, nahm mehr als einer von entgegengesetztem Charakter; und derjenige, dessen Familie zahlreicher war, der also mehr Arme zur Verfügung hatte, dehnte seinen Besitz weiter aus. Das war schon eine *erste Ungleichheit*.

Nicht aller Boden ist gleich fruchtbar; zwei Personen, die gleich viel Land besitzen und gleich viel arbeiten, können davon doch einen sehr verschiedenen Ertrag erzielen: *zweite Quelle der Ungleichheit*.

Die Besitzungen, die von Vätern auf die Kinder übergehen, teilen sich in mehr oder minder kleine Teile, je nachdem die Familie mehr oder weniger zahlreich ist. In dem Maße, als die Generationen einander folgen, teilen sich die Erbgüter noch weiter, oder sie vereinigen sich aufs neue durch Aussterben der Liniën: *dritte Quelle der Ungleichheit*.

Der Kontrast zwischen der Einsicht, der Tatkraft und vor allem der Sparsamkeit der einen und der Sorglosigkeit, Untätigkeit und Verschwendung der anderen bildet einen *vierten Grund der Ungleichheit*, und zwar den mächtigsten von allen.

Der nachlässige und sorglose Eigentümer, der schlecht wirtschaftet und in den guten Jahren seinen ganzen Überfluß auf nichtige Dinge verschwendet, sieht sich bei dem geringsten Unfall gezwungen, seinen weiseren Nachbarn um Hilfe zu bitten und von Schulden zu leben. Wenn er infolge neuer Unfälle oder fortgesetzter Nachlässigkeit sich außerstande sieht, zurückzuzahlen, wenn er gezwungen ist, neue Anleihen aufzunehmen, wird er endlich kein anderes Rettungsmittel haben, als einen Teil oder selbst sein ganzes Eigentum seinen Gläubigern zu überlassen, die es als Entgelt hinnehmen werden, oder er muß es an einen andern abtreten im Austausch gegen Werte, mit denen er sich dann von seinen Verpflichtungen freimachen kann.

»Folge der Ungleichheit. Der Landwirt vom Grundeigentümer unterschieden.

»So gelangen dann die Grundstücke in den Verkehr, werden gekauft und verkauft. Der Anteil des verschwenderischen oder unglücklichen Eigentümers trägt zum Wachstum desjenigen des Glücklicheren oder Weiseren bei, und bei der Ungleichheit der ins Unendliche veränderten Besitzgrößen müssen notwendig viele Grundeigentümer mehr Boden haben, als sie bebauen können. Außerdem ist es nur natürlich, daß ein Mensch den ruhigen Genuß seines Reichtums wünscht und, anstatt seine Zeit mit mühsamen Arbeiten auszufüllen, es vorzieht, einen Teil seines Überflusses Leuten zu geben, die für ihn arbeiten.

»Teilung der Produkte zwischen dem Landwirt und dem Grundbesitzer.
»Reinertrag« oder »Einkommen«.

»Infolge dieser Einrichtung spaltet sich der Bodenertrag in zwei Teile. Der eine umfaßt den Unterhalt und den Gewinn des Landmanns, die das Entgelt für seine Arbeit und die Bedingung darstellen, unter der er es übernimmt, das Feld des Eigentümers zu bebauen. Was übrig bleibt, ist jener unabhängige und verfügbare Teil, den die Erde über seine Vorschüsse und den Lohn für seine Arbeit hinaus als reines Geschenk demjenigen gibt, der sie bebaut, es ist der Anteil des Eigentümers oder das »Einkommen«, mit dem dieser ohne Arbeit leben und das er tragen kann, wohin er will.«¹

Das ist die Lehre von der »*previous accumulation*« in ihrer reinsten Form, soweit sie die Entstehung des Privateigentums an Grund und Boden und der Grundrente betrifft. Streng nach dem – vermeintlichen – Naturrecht, ohne das Dazwischentreten einer außerökonomischen Gewalt, vollzieht sich die Aneignung des Grund und Bodens, bis »endlich jedes Stück Land seinen Herrn gefunden hat«.

Dann freilich sind diejenigen, die erst kommen, wenn »die Welt weggegeben« ist, gezwungen, einen Teil ihres Arbeitsertrages abzugeben. Aber das ist, nach *Quesnay*, kein Raub an ihrer Arbeit; sie erhalten vielmehr ihren »*natürlichen Arbeitslohn*«, denn »der Lohn des Arbeiters ist infolge der Konkurrenz der Arbeiter untereinander auf seinen notwendigen Lebensunterhalt beschränkt. Er fristet gerade sein Dasein.« (*Turgot*)

Was aber der Eigentümer erhält, das ist nicht etwa ein Teil des von Naturrechts wegen dem Arbeiter zukommenden *Arbeitsertrages*, sondern lediglich der Teil des Gesamtertrages, der nicht der Arbeit, sondern der mitschaffenden Produktivität der *Natur* zu verdanken ist, »den die Erde – über seine Vorschüsse und den Lohn für seine Arbeit hinaus – demjenigen als *reines Geschenk* gibt, der sie bebaut.«²

* * *

DIE MONOPOLTHEORIE DER RENTE ist für *Adam Smith* die logische Schlußfolgerung aus diesen Feststellungen – trotz seiner ursprünglich physiokratischen Auffassung von der Entstehung der Rente –, denn er konnte die Vorstellung von der Mitwirkung der Natur an der Produktion einfach nicht akzeptieren, da er ausschließlich die *Arbeit* als produktiv erkannte. Folglich mußte auch der *ganze Ackerertrag* das Werk des Ackerers und mithin dessen »*natürlicher Lohn*« sein. Sobald aber alles Land »seinen Herrn gefunden hatte« und das *Bodeneigen-*

¹ *Anne Robert Jaques Turgot* (1727–1781) in »Réflexions sur la formation et la distribution des richesses«, Deutsch von V. Dorn, zit. i. *Oppenheimer* a.a.O. S. 21
² *Dupont de Nemours* a.a.O. S. 25

zum dadurch zu einem *Monopolbesitz seines Eigentümers* geworden war, lag es in dessen Macht, seinen Landarbeitern nur den landesüblichen Durchschnittslohn zu bezahlen und den diesen Lohn übersteigenden *Mehrerlös* aus dem Verkauf »seiner« Produkte für sich zu behalten – ohne Gegenleistung –, die *Grundrente*. Das Analoge gilt im Falle der Verpachtung des Landes: der Grundherr setzt – ohne Gegenleistung – seinen *Monopolpreis* fest, die *Grundrente*.

Man könnte nun zwar sagen, daß im ersten Falle die Rente vom Konsumenten bezahlt wird, daß sie im zweiten Falle hingegen als Pacht vom Produzenten zu zahlen ist – letztendlich ist es aber in beiden Fällen der Arbeitende, dem ein Teil seines »natürlichen Arbeitsertrages« vom Grundeigentümer weggenommen oder vorenthalten wird. *Dort entsteht* die Rente aus dem Monopolpreis der Nahrungsmittel; *hier ist* die Rente der Monopolpreis selbst. *Sismondi* hat dies wie folgt ausgedrückt:

»Die Rente beruht auf dem Rechte des Eigentums oder dem von der Gesellschaft garantierten Monopol, das jeder Grundeigentümer einerseits den Konsumenten, andererseits den Pächtern gegenüber ausübt.«¹

Wir müssen also unterscheiden zwischen *Monopolpreis* und *Monopollohn*. Die *Monopol-Preis-Theorie* liegt der allgemeinen *Wertlehre* von *Adam Smith* zugrunde, die eine *Kostenwertlehre* ist: der Preis der Waren ergibt sich aus dem natürlichen Arbeitswert plus dem üblichen Gewinnaufschlag plus durchschnittlicher Grundrente.

Die *Monopol-Lohn-Theorie* findet sich bei *Smith* in vielen Formulierungen:

»Sobald der Boden privates Eigentum wird, verlangt der Grundherr einen Teil von allen Erträgen, die der Arbeiter durch Anbau und Sammeln darauf erzielen kann. Die Rente des Grundbesitzers schmälert deshalb als erstes den Ertrag der Arbeit, die zur Bestellung des Bodens eingesetzt wird.«²

»Die Grundeigentümer sind die einzigen unter den drei Ständen, deren Einkünfte ihnen weder Arbeit noch Sorgen kosten, sondern ihnen sozusagen von selbst und unabhängig von irgendwelchen Plänen oder Unternehmungen zufließen.«³

»Jede Verbesserung der Gesellschaftsverhältnisse ist geeignet, entweder direkt oder indirekt eine Erhöhung der wirklichen Bodenrente, des wirklichen Reichtums des Grundbesitzes, seiner Macht, die Arbeit oder das Arbeitserzeugnis anderer zu erkaufen, herbeizuführen.«

1 *Oppenheimer* a.a.O. S. 27

2 *Smith*, 'Wohlstand' Seite 57, dtv. 1978
3 S. 211

»Der verbesserte Anbau und die Kultivierung des Bodens steigern die Rente unmittelbar, denn der Anteil des Grundbesitzers am Ertrag nimmt zangsläufig zu, wenn dieser größer wird.¹

Es ist also nur allzu verständlich, daß sich schon ganz bald nach Bekanntwerden des *Adam Smith'schen* Buches »*An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*« scharfe Angriffe gegen die bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erhoben und unter Bezugnahme auf *Adam Smith's* Werk begründet wurden.

Ganz gleich, ob das Bodeneigentum ein »natürliches« oder »rechtliches« Monopol war – es war fortan den schärfsten Angriffen all derer ausgesetzt, die die überkommene feudalistische wie die heraufkommende liberal-kapitalistische Gesellschaftsordnung aus freiheitlichen, menschenrechtlichen Impulsen und Gründen nicht anerkennen konnten.

War das Bodenmonopol wirklich ein ohne Verletzung des Naturrechts *entstandenes* Monopol, so verletzte es jetzt das Naturrecht, wie *Adam Smith* selbst erkannt hatte; das Recht jedes Menschen auf freien Zugang zu den freien Gaben der Natur. Dieses »mit uns geborene Recht« ging dem ererbten Recht unter allen Umständen voran. Wenn das private Grundeigentum zu solch großen Verschiedenheiten des Besitzes und Einkommens führen *mußte*, dann mußte es entweder aufgehoben und durch Gemeineigentum ersetzt oder derart durch Gesetze eingeschränkt werden, daß es dem obersten Recht der Gesellschaft und des Menschen nicht mehr im Wege stand. So begründeten Agrarsozialisten und Bodenreformer ihre Forderungen.

Die meisten Kritiker aber waren überzeugt davon, daß das Bodeneigentum überhaupt nicht aus dem Naturrecht erwachsen war, sondern *gegen das Naturrecht* erzwungen worden war. Die großen Güter und Ländereien seien Schöpfungen der *Gewalt*, der Eroberungen mit der Folge der Unterdrückung und Ausbeutung des arbeitenden Volkes.

»Durch die Institution des Privateigentums ist der gemeinschaftliche Boden, auf den die ganze Menschheit das Recht der Nutznießung hat, in Beschlag genommen worden; eine Minorität hat ihn an sich gerissen. Die gegenwärtige Einrichtung des Grundbesitzes ist also dem natürlichen Gesetz entgegen und beruht im Grunde auf einer Beraubung.«²

»Das System des Grundeigentums ist nicht Zeiten des Handelns, der Ordnung und der Ruhe angepaßt, sondern kriegerischen und unruhigen Zeitalläufen. . . Und der Grundbesitzer, der jetzt die Macht, mit der ihn eine veraltete Einrich-

1 S. 210 (vgl. hierzu auch Heft 164, Seite 48)

2 *Fourier* a.ä.O. S. 29

tung bekleidete, dazu mißbraucht, den letzten Heller, den seine Ländereien abwerfen können, herauszupressen und im Verein mit andern ein Monopol auf diesen Besitz ausüben, ist, unbewußt, von allen Bürgern der schädlichste.«¹

Damit dürften die unterschiedlichen Auffassungen über Ursprung und Wesen der Grundrente hinreichend deutlich gekennzeichnet sein. Da aber nun die Vertreter und Interpreten der herrschenden Gesellschaftsschichten unter keinen Umständen die *Monopoltheorie* der Rente akzeptieren können und wollen, versuchen sie, die in *Smith'* Werk enthaltene *Naturrechtstheorie* auszubauen und abzusichern, indem sie zugleich die *Monopoltheorie* widerlegen. Diese Aufnahme übernahm *David Ricardo*.

Dabei konnte er sich gänzlich auf die *Monopol-Preis-Theorie* beschränken, denn gegen die *Monopol-Lohn-Theorie* schien die herrschende liberal-kapitalistische Richtung durch die *Lohnfonds-Theorie* ausreichend gesichert: wird der Lohn durch das Kapital einerseits und durch die Zahl der Arbeiter andererseits bestimmt, so hat die Grundrente auf den Lohn keinen Einfluß; leidet der Arbeiter als Produzent nicht unter dem Monopol. So konnte *Ricardo* sich damit begnügen, immer wieder festzustellen, daß die Rente mit dem Lohne nichts zu tun habe.

Dagegen war die liberal-kapitalistische Theorie gegen einen Angriff auf die *Monopol-Preis-Theorie* ungedeckt. Wenn *Smith'* Annahme richtig war, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu Monopolpreisen auf den Markt kamen, dann litt der Arbeiter zwar nicht als Produzent, d. h. als Lohnempfänger, wohl aber als *Konsument* unter dem Grundeigentum. Das aber war ein schwerer Vorwurf gegen die herrschende Klasse.

Dagegen wandte sich *Ricardo*: »Die Grundrente fließt zwar dem Eigentümer des Grund und Bodens zu, aber sie ist keine Folge des Grundeigentums. Sie ist zwar ein Vorteil aus einem Naturmonopol, aber dennoch kein *Monopolpreis*. Sie wird am Preis verdient, als unearbeiteter Gewinn, aber sie ist *kein Bestimmungsgrund des Preises*, der ohne Aufschlag einer Rente, ganz wie der Preis von Tuch und Leinwand, lediglich durch Arbeitslohn und üblichen Kapitalgewinn bestimmt wird. Der Zehrer zahlt also nur den natürlichen, d. h. notwendigen und gerechten Preis.«

»Die Kunst, mit der *Ricardo* diese großbürgerliche Theorie der Rente aufgebaut und gesichert hat, ist schlechthin bewundernswert. Sie gilt als der festeste Teil der bürgerlichen Ökonomie: in sich geschlossen, scheinbar unangreifbar, eine wissenschaftliche Theorie von höchster Überzeugungskraft, die in der Tat alle Tatsachen ihres Gebietes vollkommen zu erklären scheint und sich darum allen gegen

¹ *Ogilvie* a.a.O. S 30

sie gerichteten Angriffen zum Trotz bisher hat behaupten können.«¹

Da gerade diese Feststellung eine der fatalsten und am beharrlichsten festgehaltenen Erscheinungen des Liberal-Kapitalismus ist, wonach das *Recht* am Grundeigentum als unbestreitbar angenommen wird, sei auch noch eine entsprechende Passage aus *Gide & Rist* zitiert: »Man muß in dieser Beweisführung das dialektische Kunststück bewundern, mit dem es *Ricardo* gelungen ist, ein *von jeder Arbeit unabhängiges Einkommen* abzuleiten, wie es die Rente vorstellt, und zwar gerade aus dem Gesetze, daß *aller Wert aus der Arbeit stammt*.«²

II. Die Grundrenten-Theorie David Ricardos

»Wenn ein Volk seßhaft wird, so nimmt es zuerst den Boden erster Qualität in Anbau, bis dieser dank des Wachstums der Bevölkerung voll besetzt ist. Wächst das Volk weiter, so sieht es sich, da nach dem '*Gesetz des sinkenden Bodenertrags*' von einer gegebenen Fläche durch Verwendung von mehr Arbeit nicht entsprechend mehr Nahrungsmittel erzeugt werden können, gezwungen, Boden zweiter Qualität zu bebauen. Ist auch dieser besetzt, so kommt der Boden dritter Qualität, dann vierter Qualität usw. an die Reihe.

»Da nun ... bei Verwendung gleicher Arbeit und gleichen Kapitals auf die Flächeneinheit der Boden höherer Qualität einen größeren Reinertrag bringt als die Böden geringerer Qualität, so entstehen mit dem Wachstum der Volkszahl *Ertragsdifferenzen* zugunsten der besseren Ländereien.

»Wie aus den *naturgegebenen Bonitätsunterschieden*, so entstehen solche *Ertragsdifferenzen* auch aus den *verkehrsgegebenen Bonitätsunterschieden*.« Der näher am Markt wohnende Landwirt, der ja den gleichen Marktpreis erhält, hat also aus den ersparten Transportkosten einen Vorteil, der seinen Reinertrag gerade so steigert, als bebaue er Land von besserer Qualität.

Diese aus den *Differenzen der Rentierung* entspringenden Ertragsunterschiede stellen nach *Ricardo* die *Rente* dar. Der Produktionsvorteil des Bodens höherer Rentabilität fließt dem Grundeigentümer zu, da weder der Lohnarbeiter noch der Pächter sich seiner bemächtigen können. Denn der Arbeiter wird durch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auf den gesellschaftlich durchschnittlichen Lohnsatz, der Pächter durch die Konkurrenz auf dem Kapitalmarkt auf den durchschnittlichen Profitsatz herabgedrückt. Wenn also der Ertrag von dem Boden geringerer Rentabilität Lohn und Profit gerade ersetzt, so muß auf dem Boden größerer Rentabilität ein Plus übrig bleiben, das als Rente dem Eigentümer zufließt. So ist die Rente

1 *Oppenheimer* a.a.O. S. 32

2 *Gide & Rist*, S. 169/70

»der Teil der Erzeugnisse der Erde, welcher dem Grundherrn für die Nutzung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens bezahlt wird.«

Ertragsdifferenzen, die zur Ursache von Rente werden, entstehen auch auf ein und demselben Grundstück bei steigender *Bevölkerungsdichte* dadurch, daß der Grundeigentümer Zusatzkapital investieren oder investieren lassen kann, und zwar dann, wenn ohnehin Boden zweiter Qualität bebaut werden muß, denn dann lohnt sich die zusätzliche Investition. In diesem Falle entsteht zwischen dem ursprünglich notwendigen Kapital und dem Zusatzkapital eine *Reinertragsdifferenz*, die dank der Konkurrenz dem Eigentümer als Rente zufließt.

Auf diese drei Arten entsteht also nach *Ricardo* die Rente: ungleiche Fruchtbarkeit, ungleiche Entfernung vom Markt, zunehmende Bevölkerungsdichte. Immer hat der Boden niedrigster Rentierung, dessen Ernte für die Versorgung des Marktes noch nötig ist, eine *Rente von Null*. Dem »*Grenzboden*« werden im Preis für seine Erzeugnisse nur die Gesteigungs- und Transportkosten erstattet, nicht aber ein Mehr, die Rente. Diese fließt nur Böden höherer Rentierung zu, und zwar entsprechend ihrem natur- und verkehrsgegebenen Bonitätsgrade. Die Rente ist also nach *Ricardo* nur eine *Differenzialrente*. Keineswegs aber ist, nach *Ricardo*, die Rente ein »*Monopolpreis*«:

»Steht eine Ware auf einem Monopolpreise, so ist dies der allerhöchste Preis, zu dem die Verbraucher willens sind sie zu kaufen. Waren stehen nur dann auf einem Monopolpreise, wenn ihre Menge durch keine Erfindung vermehrt werden kann und deshalb der Wettbewerb ganz auf einer Seite, unter den Käufern, stattfindet. . . Der Tauschwert einer Ware, welche auf einem Monopolpreise steht, wird daher nirgends durch die Erzeugungskosten bestimmt.

»Roherzeugnisse stehen nicht auf einem Monopolpreise, weil der Marktpreis der Gerste und des Weizens ebenso sehr durch ihre Erzeugungskosten bestimmt wird wie der Marktpreis von Tuch und Leinwand. Der einzige Unterschied ist der, daß *ein* Teil des landwirtschaftlichen Kapitals, nämlich derjenige, welcher keine Rente bezahlt, den Preis des Getreides bestimmt, während bei der Erzeugung von gewerblichen Waren jeder Kapitalteil mit demselben Erfolge angewendet wird; und da keiner derselben Rente bezahlt, so ist jeder im gleichen Grad Bestimmungsgrund des Preises; Getreide und andere Bodenerzeugnisse können zudem, durch Anwendung von mehr Kapital auf den Boden, der Menge nach vermehrt werden und stehen darum auch nicht auf einem Monopolpreise. Da besteht Wettbewerb so gut unter den Verkäufern wie unter den Käufern. Dies aber ist nicht der Fall bei der Erzeugung . . von seltenen Weinen und Kunstwerken . . , ihre Menge kann nicht vermehrt werden, und ihr Preis ist nur durch die Größe des Vermögens und den Willen

ihrer Käufer beschränkt. . . Deren Rente kann über jedes Maß . . . hinaussteigen, weil . . . sie keinem Wettbewerb ausgesetzt sind.«¹

Obwohl *Ricardo* selbst das Eigentum von Böden erster Qualität als ein Naturmonopol und die Rente als Ergebnis desselben bezeichnet, sagt er dennoch: »Ich sehe« (zwar) »die Rente immer als Ergebnis eines teilweisen Monopols an und bin« (aber) »der Ansicht; daß sie niemals den Preis bestimmt, sondern eher eine Folge desselben ist.«²

Der Monopolpreis ist nämlich für *Ricardo* . . . »der höchste Preis, der dem Käufer abgepreßt werden kann.« *Ricardo* aber glaubt, das Naturmonopol habe diesen Charakter nicht; sein Inhaber habe auf die Bestimmung des Preises gar keinen Einfluß. Dieser Preis bestimme sich als »natürlicher Preis« ganz automatisch lediglich aus der Summe von Arbeitslohn und Kapitalprofit, die auf die Herstellung und den Transport des auf dem »Grenzboden« erzeugten Produktes verwendet werden müssen, dessen Zufuhr der Markt noch braucht. Kein Teilchen Rente trete mithin in den Preis ein. Und dieser »natürliche« sei folglich auch der »gerechte Preis«.

Exkurs: Francis Walkers Theorie des Unternehmerlohns.

Was für die Böden ungleicher Fruchtbarkeit, ungleicher Entfernung vom Markt und bei zunehmender Bevölkerungsdichte gilt, gilt in entsprechender Weise für alle Standorte des Bergbaus, der Industrie, der Heilbäder usw.: je ertragreicher oder je günstiger gelegen, desto größer die Differentialrente zugunsten der Eigentümer dieser Anlagen. Und es gilt auch für die Haus- und Wohnungsmieten, die in genau der gleichen Weise die natur- und verkehrsgegebenen Vorteile der Rentierung eines angelegten Kapitals für sich in Anspruch nehmen wie die ländliche Grundrente.

Aber noch mehr: das gilt sogar auch für die Menschen selbst. Der eine schafft in der gleichen Zeit mehr als der andere. Der eine ist geschickter als der andere. Schon *John Stuart Mill* sprach von der »Geschicklichkeitsrente«. Jeder außergewöhnlichen Entlohnung für außergewöhnliche Eigenschaften gab er, wie auch *Nassau Senior*, den Namen »Rente«. Diese Feststellung hat *Francis Walker* 1883 in seinem »Grundriß der politischen Ökonomie« zur Theorie des »Unternehmerlohns« ausgebaut.

Darin hat *Walker* mit Erfolg die für die Arbeiter so entmutigende Theorie des Lohnfonds bekämpft und an ihre Stelle die Theorie gesetzt, die den Lohn, mindestens zum Teil, von der zu erhoffenden Produktivität des Unternehmens abhängen läßt. Ferner hat er auch, den Sozialisten gegenüber, festgestellt, daß auch der Profit des Unternehmers keineswegs nur aus der Ausbeutung der Arbeiter stamme, sondern daß es sich hierbei ebenfalls um eine besondere

¹ *Openheimer* a.a.O. S. 35/36
² S. 36

Entlohnung der Fähigkeiten des Unternehmers, unter Ausschluß der Zinsen des Kapitals, handelt.

Walker sieht auch in der Funktion des Unternehmers nicht nur die Tätigkeit der Leitung des Betriebes und der Überwachung der Produktion, aus der er höchstens ein Einkommen beanspruchen könnte, das dem eines angestellten Direktors entspräche. Die Funktion des Unternehmers steht aber wesentlich höher: er hat alle industriellen und konjunkturellen Änderungen bzw. Schwankungen vorausszusehen und die Produktion entsprechend zu organisieren; er hat die erforderlichen Innovationen einzuführen und die Produktion der Nachfrage anzupassen bzw. durch Innovationen Nachfrage anzuregen. Kurzum, der Unternehmer ist der wirkliche »Führer« des wirtschaftlichen Fortschritts. Je größer seine persönlichen Fähigkeiten, desto größer auch die Profite des Unternehmens.

Walker sagt, es seien dies die »Überschüsse«, die «in jeder Hinsicht» der Bodenrente gleichen.

»Unter einer Herrschaft der freien und vollkommenen Konkurrenz würde der erfolgreiche Arbeitgeber eine Entlohnung erhalten, die genau an der Zusatzmenge von Gütern gemessen werden kann, die er mit einer gegebenen Menge von Arbeit und Kapital mehr erzeugt, als (mit der gleichen Menge Arbeit und Kapital) die Arbeitgeber der letzten Kategorie erzeugen können, – nämlich die, die überhaupt keinen Gewinn erzielen, – genau wie die Bodenrente den Mehrertrag der besseren Felder an dem mißt, was mit der gleichen Menge Kapital und Arbeit auf den wenigst produktiven Feldern hervorgebracht wird, die zur Versorgung des Marktes noch unentbehrlich sind, und die selbst keine Rente mehr abwerfen.«¹

Die Kritik des Karl Rodbertus an Ricardos Grundrententheorie

Hatte *Ricardo* die naturrechtliche Seite der *Smith'schen* Rententheorie in der Richtung ausgebaut, daß das Grundeigentum zwar als Naturmonopol erschien, daß aber dennoch das Getreide nicht einen Monopolpreis erzielte, sondern nur den »natürlichen«, »gerechten« Preis, so baute *Rodbertus* als konsequenter Vertreter der Arbeitswerttheorie die *Smith'sche* Monopol-Lohn-Theorie aus, wonach die Arbeit allein produktiv ist und die Arbeitskosten mithin allein die Preise bestimmen. Folglich ist die Grundrente nicht ein *Aufschlag* auf den natürlichen Preis, sondern ein *Abzug* vom natürlichen Lohn.

Rodbertus faßt also das Grundeigentum selbst als *Monopol* auf, als ein Monopol, das auf *allem* Privateigentum an Grund und Boden ruht; ein künstliches, rechtliches Monopol, das nicht wirtschaftlichen, »natürlichen«, »naturrechtli-

¹ zitiert in *Gide & Rist*, S. 626

chen«, sondern politischen, zwangs-»rechtlichen« Wurzeln, *feudalen Machtpositionen* entstammt.

Darum schädigt das Grundeigentum den Arbeiter nicht erst als Konsumenten, sondern bereits als Produzenten. Folglich verwirft er die naturrechtliche »*Kinderfibel von der previous accumulation*« (Karl Marx) als eine unhistorische, haltlose Konstruktion. Wogegen Ricardo alle Erscheinungen der bürgerlichen Wirtschaft abzuleiten versucht hatte aus einem als Anfang aller Kultur behaupteten Zustand der Gesellschaft, in der nur Wirtschaftende gleichen politischen Rechts und gleichen Vermögens miteinander in Arbeitsteilung und Tauschverkehr getreten seien.

Rodbertus zeigt vielmehr, daß eine solche Gesellschaft niemals und nirgendwo bestanden hat. Der Anfangszustand allen entwickelten staatlichen und wirtschaftlichen Lebens sei ein Zustand *ungleicher* politischer »Rechte« und *ungleichen* Vermögens, erzeugt durch erobernde *Gewalt*, gewesen. Er stellt fest, daß, »seitdem die Teilung der Arbeit existiert, Boden und Kapital und deshalb auch das Arbeitsprodukt selbst niemals den Arbeitern, sondern anderen Personen gehört habe.«

»Die Geschichte vermag uns kein Volk aufzuzeigen, bei dem die ersten Spuren der Teilung der Arbeit und des Ackerbaus nicht auch mit solcher wirtschaftlichen Ausbeutung zusammenfielen, bei dem nicht die Last der Arbeit dem einen und deren Frucht dem andern zugefallen wäre, bei dem mit anderen Worten die Teilung der Arbeit sich nicht in der Form der *Unterwerfung* des einen unter den anderen gebildet hätte. Die regelmäßige Arbeitsteilung ist überall nur im Schutze der *Gewalt* entstanden; ist das Produkt des *Zwanges* von seiten der einen und der Unterwerfung von seiten der anderen.«¹

Zuerst ergriff die Herrschaftsorganisation »nicht bloß Boden, Kapital und Arbeitsprodukt, sondern auch noch die Arbeiter selbst«, die Sklavenwirtschaft des Altertums. Hier waren alle Produktionsmittel, Boden und Kapital samt den Arbeitern, Eigentum des Herrn. Mithin war der gesamte Ertrag, nach Abzug der Lebensnotdurft der Sklaven, sein Herrneinkommen, seine »Rente«.

Die Sklavenarbeit ist überwunden, aber das Grundeigentum ist geblieben. An der »Klassenlage« der Landarbeiter hat sich dadurch noch nichts Wesentliches geändert. Die Bodenrente fließt nach wie vor den Bodeneigentümern zu, wodurch der Arbeitsertrag entsprechend geschmälert wird. Daran hat sich auch bis heute noch nicht viel geändert. Genau so wenig, übrigens; wie unter den heutigen Währungsverhältnissen auch die Kapitalrente, der Zins, der ganz genau so ein leistungsloses Einkommen ist wie die Grundrente, noch nicht überwunden ist.

1 Oppenheimer a.a.O. S. 39/40

III. Die Grundrente ein unverdientes Einkommen – und das Problem ihrer Überwindung durch Besteuerung.

Für *David Ricardo*, der wie kaum ein anderer die Gemüter seiner zeitgenössischen Ökonomen durch seine Grundrententheorie erregt hatte, war eben diese Theorie also in keiner Weise ein rechtliches oder gar moralisches Problem. Das Einkommen aus Grund und Boden, wie das aus Kapital, bedurfte keiner Rechtfertigung. Beide erscheinen ihm als untrennbar vom Eigentum. Das Eigentum aber war ihm heilig. *Andere Wissenschaftler*, wie *Rodbertus*, waren jedoch weitaus kritischer. Für sie war nur solches Einkommen gerechtfertigt, das persönlicher Arbeit und Anstrengung zu seiner Erlangung bedurfte. Die Bodenrente aber war ein Einkommen ohne jede Arbeit, ein nicht verdientes Einkommen, ein »*unearned increment*«. Daher ist für sie die Bodenrente *illegitim*. Das ist der Schluß, den sie sogar aus den Prämissen *Ricardos* gezogen haben.

Was beweist *Ricardo* nämlich? Daß das Privilegium des Grundbesitzes sich sozusagen unter unseren Augen verewigt. Der Boden genießt einen Vorteil, den kein anderes Kapital genießt. Selbsttätig, automatisch, außerhalb jeder Betätigung des Besitzers, wächst sein Einkommen. Die Erstreckung der Bewirtschaftung auf neue Felder, das Wachstum der Bevölkerung, die sich hieraus ergebende Nachfrage nach Nahrungsmitteln sichern der Erde einen ins Endlose wachsenden Wert. Der Wille, die Intelligenz oder die Initiative des Besitzers haben damit nichts zu schaffen. Die Umstände, das soziale Milieu sind seine einzige Quelle. Dieser Wert, der aus der Gemeinschaft erwächst, gehört ihr; und trotzdem usurpiert ihn der Grundbesitzer heute geradeso, wie er im Anfang den Boden selbst usurpiert hat. Warum soll er *nicht* daran gehindert werden?

»Stellen wir uns vor«, schreibt *John Stuart Mill*, »daß es eine Art Einkommen gäbe, das das Bestreben hat, beständig ohne jede Anstrengung und ohne jedes Opfer von seiten des Besitzers größer zu werden, so daß diese Besitzer in der Gemeinschaft eine Klasse darstellen, die sich auf Grund des natürlichen Laufes der Dinge fortschreitend bereichert, obgleich sie eine absolut passive Rolle spielt. Es würde dann keine Verletzung irgendwelcher Prinzipien sein, auf denen das Privateigentum beruht, wenn der Staat sich diesen Zuwachs des Reichtums oder einen Teil dieses Zuwachses, im Maße wie er sich bildet, aneignet. Eigentlich würde er niemanden etwas nehmen, sondern einen durch die Umstände geschaffenen Zuwachs des Reichtums nur zum Nutzen der Gesellschaft verwenden, anstatt ihn als einen unverdienten Vermögenszuwachs einer Sonderklasse zufließen zu lassen. In genau diesem Fall befindet sich nun die Rente.«¹

¹ zit. i. *Gide & Rist*, Seite 639

Schon 1821 schrieb *James Mill*, der Vater von *John Stuart Mill*, daß der Staat mit vollem Recht nicht nur die jetzige Rente, sondern auch die zukünftige Steigerung der Bodenrente für sich in Anspruch nehmen könne, um damit die öffentlichen Ausgaben zu decken. Etwas später drückten die *Saint-Simonisten* den gleichen Gedanken aus. Hauptsächlich war es aber *John Stuart Mill*, der diesem Gedanken anhing. Schon in seinen »*Principles of Political Economy*« legt er den allgemeinen Plan dieser Reform dar, und 1870 gründete er eine »Land tenure Reform Association«, um seine Ideen zu verbreiten. Deren Grundzüge waren wie folgt:

1. Der Staat kann sich nur die zukünftige Bodenrente aneignen, soweit sie sich nach Durchführung der Reform bildet, da die Eigentümer ein Recht auf die bestehende Rente erworben haben.
2. In der Praxis wird man mit einer Abschätzung der Gesamtheit des Bodens beginnen; auf Grund einer noch festzulegenden Basis wird man dann in bestimmten Zeitabschnitten den Wertzuwachs zu schätzen suchen, der ihm in seiner Gesamtheit zugefallen ist. Eine allgemeine Steuer würde dann gestatten, diesen Zuwachs einzuziehen.
3. Damit kein Besitzer sich für benachteiligt halten könne, muß der Staat es ihm stets freistellen, entweder die neue Steuer zu bezahlen, oder ihm seinen Besitz zum Vor-Reformpreis zu verkaufen.

Was die sofortige *Nationalisierung* des gesamten Grund und Bodens betrifft, so erklärte sich *Mill* dagegen, da er annahm, daß der Staat oder die Städte nicht in der Lage seien, die Entschädigung, die die enteigneten Grundbesitzer mit Recht verlangen können, auch nur annähernd fristgerecht zu bezahlen.

Allerdings fürchtete *John Stuart Mill* auch, daß sein eigener Reformvorschlag nur verhältnismäßig geringe finanzielle Ergebnisse zeitigen werde und daß seine sofortige Auswirkung sehr bescheiden sei.¹

* * *

Mit ungeheurem Optimismus hat hingegen *HENRY GEORGE* (1839–1897) das Problem der Überwindung der Bodenrente angepackt. Als Sohn eines armen Buchhändlers in Philadelphia besuchte er nur wenige Jahre die Schule. Als Matrose kam er nach Indien und Australien; als Goldgräber versuchte er in Victoria (Australien) sein Glück; in San Francisco wurde er schließlich Setzer in einer Zeitungsdruckerei, und hier begann er schließlich seine Tätigkeit als Redakteur und Gründer einer Zeitung, der »Abendpost«. Mit großem Enthusiasmus setzte er sich für die Rechte des »Kleinen Mannes« ein, bekämpfte die großen Eisenbahngesellschaften und die Bodenspekulation der Landgesellschaften und führte

¹ vgl. *Gide & Rist* a.a.O. Seite 640

einen Kampf gegen den Alkoholismus und dessen Nutznießer. Schließlich gelang es seinen Gegnern, ihn aus der Zeitung hinauszudrängen. Fortan war er gezwungen, sein Brot als Gasinspektor zu verdienen. Das gab ihm aber die Möglichkeit, in Ruhe seine Erfahrungen als Schriftsteller auszuweiten, sodaß er 1879 sein Buch »*Progress and Poverty*« veröffentlichen konnte, ein Werk, das eine ganz außerordentliche Verbreitung gefunden hat.

In diesem Buch bekämpfte *Henry George* die Bevölkerungstheorie von *Malthus* und die Lohnfondstheorie *Ricardos* und zeigt, wie das falsche Bodenrecht jeden Fortschritt der kulturellen Entwicklung notwendigerweise mit Armut verbunden sein läßt. Der Erfolg dieses Werkes führte *Henry George* wieder zurück ins öffentliche Leben, sodaß er schließlich sogar zweimal als Kandidat für den Oberbürgermeisterposten von New York aufgestellt wurde; gegen den späteren Präsidenten der USA, *Theodore Roosevelt*, konnte er sich allerdings nicht durchsetzen.

Obwohl manche von *Henry George* in seinem Buch vorgetragene volkswirtschaftlichen Theorien von der Wissenschaft verworfen werden mußten, so hat doch seine Volkstümlichkeit einen großen Einfluß auf die Öffentlichkeit ausgeübt, sodaß es schließlich zum Ausgangspunkt einer fast weltweiten politischen Agitation geworden ist. Am 1. Mai 1887 erklärten sich die großen amerikanischen Gewerkschaften für die *Bodenreform*. Ihr Großmeister *Powderly* erklärte: »Das private Grund- und Bodenmonopol ist die Mutter aller anderen Monopole. Laßt es uns durch die Bodenreform begraben!« Auf dem Internationalen Bodenreform-Kongreß anläßlich der Weltausstellung 1889 in Paris wurde *Henry George* zum Ehrenpräsidenten ernannt. 1890 unternahm er eine Agitationsreise nach Australien und Neuseeland, wo bodenreformerische Grundsätze danach vielfach die Gesetzgebung beeinflußt haben. Schließlich aber erlag *Henry George* als Folge seiner Anstrengungen einem Herzschlag, 1897.

Eine Zusammenfassung der Lehre *Henry George's* zeigen die Grundsätze, die der Kongreß seiner Anhänger 1893 aufgestellt hat, von denen hier einige der wichtigsten Punkte folgen:

»Wir stehen auf dem Boden des in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten niedergelegten fundamentalen Grundsatzes, daß alle Menschen *gleich* geschaffen und vom Schöpfer mit bestimmten *unveräußerlichen Rechten* ausgestattet sind.

»Wir sind der Ansicht, daß die Menschen ein *gleiches* Anrecht haben auf Gebrauch und Genuß aller *erschaffenen* Dinge und auf alles, was gewonnen wird durch das *allgemeine* Wachsen und Gedeihen der Gemeinwesen, zu denen sie gehören.

»Es sollte daher niemand gestattet sein, *natürliche* Vorteile für sich in Anspruch zu nehmen, ohne eine angemessene Entschädigung an seine Mitbürger für das ihm gewährte Privileg zu leisten; der Wert, den das Land erhält durch das Wachsen und Gedeihen der *Allgemeinheit*, ist deshalb zugunsten dieser Allgemeinheit zu verwenden.

»Wir sind der Ansicht, daß jeder Mensch ein Recht hat auf alles, was er durch seine *Arbeit* hervorbringt. Daher dürfte keine Steuer ihm einen Teil des Ertrages dieser Arbeit nehmen.

»Um diesen Grundsatz durchzuführen, befürworten wir, alle öffentlichen Einkünfte für staatliche, ländliche und kommunale Zwecke durch *eine einzige Steuer* (»*single tax*«) auf *Bodenwerte*, unabhängig von jedwelcher Verbesserung zu erheben und alle anderen Formen direkter oder indirekter Besteuerung abzuschaffen ...!

Henry George führt also aus, daß die Grundeigentümer sich durch ihr Monopol nicht nur eines Teiles, sondern der *Gesamtheit* des Gewinns bemächtigen, den das Wachstum der Bevölkerung und die Vervollkommnung der Produktionsmittel der Gemeinschaft verschafft. Mit dem Fortschritt werde der Unterschied zwischen den Reichen und den Armen immer größer. Während die Rente steige, falle der Zinsfuß, und der Lohn des Arbeiters sinke auf das Existenzminimum herab. In allen Ländern sähen wir daher gleichzeitig die äußerste Armut neben dem äußersten Reichtum immer größer werden.

Es ist offensichtlich, daß sich *Henry George* in einigen Punkten sehr geirrt hat. Seine *Diagnose* ist nur teilweise richtig, teilweise einfach falsch. Richtig ist, daß das uneingeschränkte *Privateigentum* am Grund und Boden *eine* Bedingung der ungeheuer gewachsenen Grundrenten ist, die *George* zumal in Kalifornien entstehen sah.

Aber die *zweite* Bedingung des Wachsens der Riesengrundvermögen erwähnt er nicht: die *Masseneinwanderung* land- und mittelloser Arbeiter. Und diese Arbeiter kamen nicht etwa aus den dichtbesiedelten Teilen Westeuropas, sondern gerade aus Ostelbien, Polen, Westrußland, Süditalien, sowie aus Großbritannien – also überall aus den dünn besiedelten ehemals feudalen Großgrundbesitzer-Gebieten – und zwar als Folge der dort herrschenden als ungerecht oder ausweglos empfundenen Grundeigentumsverhältnisse. (Und während diese Auswanderer fortan Europa gewissermaßen fehlten, verursachten sie auch noch durch die zunehmenden Getreideimporte aus Übersee schwere Agrarpreiskrisen in Deutschland – mit der weiteren Folge politischer Streitigkeiten: die Junker für erhöhte Schutzzölle, die Sozialdemokraten dagegen.)

1 zit. i. A. *Damaschke*, »Geschichte der Nationalökonomie« Bd. 2, Jena 1918; Seite 297

Ferner: absolut falsch ist *Henry George's* Meinung, die Arbeit werde nicht durch das Kapital ausgebeutet. Er sagt u. a.:

»Kapital und Arbeit sind nur verschiedene Formen desselben Dinges: der menschlichen Anstrengung. Das Kapital wird durch die Arbeit hervorgebracht; es ist in der Tat nichts als Arbeit, die in einem Stoffe, einem Produkte angehäuft ist. . . . Die Verwendung von Kapital in der Produktion ist demnach nur eine Form von Arbeit. . . . Das Prinzip, daß die Menschen ihre Bedürfnisse mit dem geringsten Kraftaufwand zu befriedigen suchen, bewirkt auch, daß ein Gleichgewicht zwischen Lohn und Zins hergestellt und erhalten wird. . . . Und wenn das festgestellt ist, so leuchtet es ein, daß Zinsfuß und Lohn zusammen steigen und fallen müssen, und daß der Zinsfuß nicht steigen kann, ohne daß er auch den Lohn hebt, noch der Lohn sinken kann, ohne auch den Zins herabzudrücken.«

Charles Rist schreibt dazu nur: »Es ist unnötig, auf die Kindlichkeit dieser Auffassungen der Beziehungen zwischen Lohnsatz und Zinsfuß hinzuweisen.«¹

Zur Theorie der Güterverteilung schreibt *Henry George* weiter:

»Nach jeder Richtung hin hat die zunehmende Zivilisation die unmittelbare Tendenz, die Kraft der menschlichen Arbeit zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu erhöhen, die Armut auszurotten und den Mangel samt der Furcht davor zu bannen. . . . Aber dennoch kann die Arbeit nicht die Früchte der zunehmenden Zivilisation ernten, weil ihr dieselben vorenthalten werden. Da die Benutzung des Landes für die Arbeit unumgänglich nötig ist, dasselbe sich aber in Privatbesitz befindet, so erhöht jede Vermehrung der produktiven Arbeitskraft nur die Bodenrente, d. h. den Preis, welchen die Arbeit für die Gelegenheit zahlen muß, ihre Kraft betätigen zu können; und so kommen alle durch den materiellen Fortschritt geschaffenen Vorteile nur den Grundeigentümern zugute, und der Arbeitslohn steigt nicht.«

Auch wenn *Henry George* an anderer Stelle einräumt, daß die Arbeitslöhne nicht absolut sinken, sondern nur im Verhältnis zu dem wachsenden Reichtum der Grundeigentümer, so ist die obige Behauptung doch einfach falsch. Demzufolge ist auch seine Schlußfolgerung falsch, daß die eigentliche Wurzel *aller* sozialen Übel die Bodenrente sei und daß diese demzufolge vollkommen abgeschafft werden müsse: dann gäbe es keine *Armut* mehr, ja sogar die *Krisen*, die er einzig auf die Bodenspekulation zurückführt, würden verschwinden. Überdies würde diese totale Rentenbesteuerung sogar genügen, um alle *Staatsausgaben* zu bestreiten.

¹ *Gide & Rist*, a.a.O. Seite 642

Henry Georges Allheilmittel ist also die Einheitssteuer der »single tax« auf allen Grundbesitz – genau dieselbe Schlußfolgerung, die auch die *Physiokraten* gezogen hatten.

Abgesehen von den bereits erwähnten Irrtümern *Henry Georges* ergeben sich noch weitere Bedenken:

So richtig es ist, daß der Vorteil des Bodeneigentums seinem Besitzer die Bodenrente verleiht, so beständen gegen die vollständige Abschöpfung der Rente doch rein *rechtliche* Einwendungen: dann würde nämlich der Eigentümer auch all der Erträge beraubt, die er bisher erarbeitet hat (durch Meliorationen) oder die er von einem Vorbesitzer des Grundstücks erworben und mit dem Kaufpreis bezahlt hat.

Schließlich eine quasi *politische* Begründung, warum die von *George* geforderte »single tax« verfehlt ist: »sie ist *praktisch unmöglich durchzusetzen*, weil sie alle Grundbesitzer in Stadt und Land, also die Mehrheit der Bevölkerung der meisten Nationen, gegen sich hat; und sie ist *theoretisch falsch*, weil sie auf der falschen, ricardischen Anschauung beruht, daß alle Rente nur *Differentialrente* sei. Ihr Ertrag würde, wenn sie sich durchführen ließe, sofort auf Null oder fast auf Null fallen, weil kein spekulatives Engagement mehr aufrecht erhalten werden könnte und 'so viel Boden auf den Markt käme, daß er den Monopolpreis nicht länger würde halten können'.«¹

* * *

Der Gedanke des »unearned increment«, des unverdienten Einkommens, forderte aber nicht nur die Kritik der bereits genannten Persönlichkeiten heraus, sondern generell die Kritik der bürgerlichen Ökonomen, so wie die der Sozialisten, überhaupt.

Die bürgerlichen Ökonomen: Ist die Bodenrente allein schon deshalb ungerechtfertigt, weil der Bodeneigentümer mehr von dem Fortschritt der Gesellschaft profitiert als der Arbeiter? Liegt nicht allen Einkommen ein durchaus soziales Element zugrunde, nämlich das, das auch die Bodenrente geschaffen hat: die *Nachfrage* nach Gütern? Das Wachstum der sozialen Nachfrage bringt dem Kapital wie dem Boden und der Arbeit wie dem Kapital unerwartete und manchmal sehr hohe Einkünfte. Hat nicht die Entwicklung der Nationalökonomie nach und nach das Bestehen einer Menge von Renten zu unserer Kenntnis gebracht, die sich von der Bodenrente nur durch ihre kürzere Dauer unterscheiden? Ist der Mehrwert, den die alten Kapitalien durch das Sinken des Zinsfußes erhalten, in seinen Ursprüngen weniger gesellschaftlich verursacht als der Zuwachs des

¹ *Oppenheimer* a.a.O. Seite 207/8

Bodenwertes unter dem Einfluß einer wachsenden Bevölkerung? Überall in der modernen Gesellschaft findet sich das »unearned increment«. Die Gesellschaft zahlt für die seltensten Dienste eine Prämie, ohne sich darum zu kümmern, ob sie Opfer gekostet haben oder nicht, und sie tut dies nur zu dem Zwecke, das stärkere Bedürfnis auszudrücken, das sie nach diesen Diensten hat. Mit welchem Recht kann man daher eine einzige dieser Renten herausgreifen? Entweder muß man sie alle konfiszieren oder keine.

So die Argumente der Bourgeois-Ökonomen vor rund hundert Jahren. Man könnte sich vorstellen, daß auch heute noch ganz ähnlich argumentiert wird. Trotzdem sind die Gedanken der Kritiker des Bodenmonopols auch in den herrschenden Klassen vielfach auf großes Verständnis gestoßen, wie ja schon der Erfolg *Henry George's* gezeigt hat. Nicht nur in Amerika und Australien sind zahlreiche Vereine entstanden, die *George's* »erhabene Wahrheiten« zu verbreiten suchten. Vor allem waren die außerordentlichen Bodenpreisteigerungen in den rasch wachsenden Großstädten der Anlaß, gegen den Bodenwucher und die Bodenspekulation einzuschreiten und den enormen Wertzuwachs durch besondere Steuern zu treffen.

In *Frankreich* bestand schon seit 1807 ein Gesetz, demzufolge Bodeneigentümern, denen infolge öffentlicher Arbeiten auf dem von ihnen erworbenen Boden außerordentliche Erträge zufließen, diese Mehrerträge auf dem Steuerwege entzogen werden können. Dieses Gesetz wurde allerdings nur selten angewendet, weil der Grundbesitz in Frankreich viel gleichmäßiger verteilt ist als in England oder Deutschland und die Grundrente sich auf einen viel größeren Personenkreis verteilt und deshalb weniger Gegnerschaft hervorruft.

In *England* und *Deutschland* hingegen erfreute sich der Gedanke einer *Wertzuwachssteuer* einer viel größeren Beliebtheit. In England kam es 1909 sogar schon zu einem Verfassungskonflikt zwischen dem Oberhaus und der liberalen Regierung und in Deutschland zu den heftigsten Debatten, die aber die damals kaiserliche Regierung nicht gehindert haben, das Prinzip dieser Steuer 1911 durch ein Reichsgesetz festzulegen.¹

Systeme der Nationalisierung des Bodens: Hier handelt es sich nicht nur um die Einziehung eines Teils der Bodenrente durch den Staat, sondern um den Heimfall des Bodens selbst an den Staat, wobei aber von den Vertretern dieser Richtung betont wird, daß sie den gegenwärtigen Eignern des Bodens nichts nehmen wollen. Aller Grund und Boden soll also verstaatlicht werden, jedoch unter voller Entschädigung der bisherigen Eigentümer. M. a. W. es wird der Rückkauf

¹ Soweit nach *Gide & Rist*, über die Weiterentwicklung der Bodenreformbewegung in Deutschland wird später berichtet.

des gesamten Grund und Bodens, der sich in Privathänden befindet, vorgeschlagen. So sehr es sich dabei um utopische Vorstellungen handelt, so dürfte es doch wichtig sein im Hinblick auf unsere heutigen Bodenprobleme, diese Vorstellungen zu kennen und zu erörtern.

Es handelt sich in erster Linie um die Systeme von *Hermann Heinrich Gossen* und *Léon Walras*, über die in anderem Zusammenhang im vorangegangenen Teil V dieser Schriftenreihe bereits einmal gesprochen worden ist. Die Gedanken von *Gossen* sind dargelegt in dem Buche »Die Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs« und die von *Walras* in einer Denkschrift für die »Waadtländische Gesellschaft der Naturwissenschaften«.

Gossen sagt, daß es sich für die Erlangung des vollkommenen Glücks jedes Menschen als nötig erweise, daß »jeder Mensch sich nach Gutdünken die günstigste Stelle auf der ganzen Erdoberfläche zum Betreiben seiner Produktion aussuchen kann.« Das könnte am besten geschehen, »wenn das Eigentum alles Bodens der Gesamtheit gehörte, und von ihr jeder Fleck demjenigen zur Produktion überlassen würde, der die höchste Rente davon zu zahlen sich geneigt findet.« Die Überführung des Bodens soll durch Ankauf geschehen. Das wäre für den Staat keine Gefahr, »da er später in dem Steigen der Grundrente einen Fonds gewinnt, um die Ankaufsumme zu tilgen.«

Von dem gemeinsamen Besitz erhoffte *Gossen* u. a. folgende Vorteile:

»Es ist für die Gesamtheit als Gewinn zu betrachten, wenn es gelingt, die Summe der von den *Einzelnen* bezogenen Renten zu vermindern.

»Bei dem Übergang des Eigentums . . . in den Besitz des Staates würden die *Rechtsverhältnisse* zwischen den Einzelnen sich so sehr vereinfachen, daß Zweifel über die Grenzen des Rechts zwischen ihnen zu den seltenen Fällen gehören würden.

»Für eine Menge von *Produktionen* würde sich die erforderliche Betriebssumme um den ganzen Kaufpreis des dazu erforderlichen Bodens vermindern.

»Die Beschaffung der der Gesamtheit unentbehrlichen Geldmittel würde ohne jede Vexation und Ungerechtigkeit, wie solche mit jedem Steuersystem unzertrennlich verbunden sind, durch das Beziehen der Grundrente bewirkt werden. . . .«¹

Walras stellt sich nicht auf einen so ausschließlichen Nützlichkeitsstandpunkt wie *Gossen*. Wie *Henry George* sucht *Walras* eine Aussöhnung zwischen dem Sozialismus und dem Individualismus zu verwirklichen, die er mit dem Namen »liberaler Sozialismus« oder »synthetischer Sozialismus« oder einfach »Synthe-

¹ *Damaschke* a.a.O. Seite 363/64

tismus« bezeichnet. Für ihn stehen das Individuum und der Staat nicht im Gegensatz zueinander, sondern ergänzen sich. Die einzige Wirklichkeit ist der soziale Mensch, d. h. der in Gesellschaft lebende Mensch. Zwei Arten von Interessen kennzeichnen ihn nach *Walras*: diejenigen, auf Grund deren er in Gegensatz zu seinesgleichen tritt, und die ihm als Persönlichkeit eigen sind; und die, die er mit seinesgleichen gemein hat und deren Verteidigung und Aufrechterhaltung die Fortdauer der Gattung sichern. Der Staat und das Individuum – beide zusammen kennzeichnen den sozialen Menschen, je nachdem wir ihn bei der Verfolgung seiner kollektiven Interessen oder seiner besonderen und persönlichen Interessen betrachten. Beide haben ihr eigenes Reich, das durch die Natur der Dinge abgegrenzt ist. Der *Staat* hat die Aufgabe, die *allgemeinen*, allen Menschen gemeinsamen, Existenzbedingungen zu sichern. Die Aufgabe des *Individuums* ist es, seine *persönliche* Stellung innerhalb der Gesellschaft gemäß seinen eigenen Fähigkeiten, seiner Arbeit und Ausdauer zu verwirklichen.

Damit beide, der Staat wie das Individuum, ihre Aufgaben erfüllen können, müssen beide im Besitz der notwendigen Hilfsmittel sein: das Individuum im Besitz der Hilfsmittel, die sich aus seiner Arbeit und seiner Spartätigkeit ergeben; der Staat im Besitz des Einkommens, das sich aus dem allgemeinen sozialen Fortschritt ergibt, nämlich der Bodenrente. Dann braucht der nicht mehr den Einzelpersonen durch Steuern einen Teil der Früchte ihrer Arbeit zu nehmen. Gemeinsamer Besitz des Bodens und seines Ertrages, der Rente; Privatbesitz am Kapital, an der Arbeit und ihren Erträgen – das ist die soziale Organisation, die die Formel der Gerechtigkeit nach *Walras* verwirklichen wird: Gleichheit der Bedingungen, Ungleichheit der Lage.

Wenn auch der Ausgangspunkt der Reform verschieden ist, so sind doch die Bedingungen ihrer Verwirklichung für *Gossen* wie für *Walras* genau dieselben. Beide haben die größte Achtung vor den von den Eigentümern erworbenen Rechten. Nach ihnen hat der Staat nicht das Recht, die zukünftige Rente mit Beschlag zu belegen (wie *Mill* vorschlug), auf die sie rechnen können, und ebensowenig hat er das Recht, die gegenwärtige Rente für sich zu beanspruchen, wie *Gossen* vorschlägt.

Das einzige Mittel, die Operation in gerechter Weise durchzuführen, besteht darin, den Boden *zurückzukaufen*, und der Rückkaufpreis muß schon die von den Besitzern erwarteten Mehrwerte enthalten. Dieser Rückkauf würde sich praktisch auf Grund einer Ausgabe von *Rentenbriefen* durchführen lassen, die den Grundbesitzern als Bezahlung ihres Grundbesitzes angeboten würden. Auf Grund der von da an dem Staate zufallenden Pachtsummen, deren ständiges Steigen nicht ausbleiben kann, wird der Staat imstande sein, nicht nur die Zinsen dieser Schuld zu zahlen, sondern auch sie nach und nach zu amortisieren. Nach etwa

fünfzig Jahren würde das Kapital zurückgezahlt sein, und der Staat allein über die Bodenwerte verfügen.

Walras ist also, wie *Ricardo*, fest davon überzeugt, daß die Zukunft ein Wachsen des Mehrwertes der Bodendienste bringen wird, das auf der begrenzten Menge des Bodens beruht. Jedoch verwirft er ganz entschieden *Ricardos* »Gesetz des sinkenden Bodenertrags«, wobei er den sicheren Übergang vom landwirtschaftlichen zum Industrie-Zustand und damit von der extensiven zur intensiven Wirtschaftsweise klar vor Augen hat, die dem Boden einen laufend steigenden Wert verleihen wird. – Die seitherige Wirtschafts- und Industrie-Entwicklung hat *Walras* mehr Recht gegeben, als vor rund hundert Jahren je ein Mensch zu träumen gewagt – oder sollte man lieber sagen: zu fürchten gewagt hätte.

Alfred Russel Wallace (1822–1913) kam es in erster Linie darauf an, daß jedermann der freie Zugang zum Boden, der *freie Boden*, gewährleistet wird, damit jeder Mensch seinen Mitmenschen als freier, unabhängiger Mensch gegenüber treten kann. Deshalb: »Die Hauptsache ist, jedem Arbeiter die Freiheit zu geben, ein Stück Boden zu besitzen und zu bewirtschaften.« Denn:

»Der Besitz eines Stück Landes gestattet dem Arbeiter, sich der Abhängigkeit vom Kapitalisten, die eine Ursache des Pauperismus ist, zu entziehen. Der Arbeiter, der Boden besitzt, ist frei; wenn er keine Arbeit hat, bleibt ihm stets etwas zu tun übrig.«

»Wenn den Arbeitern eine gewisse Menge Boden überlassen wird, so wird ihr Lohn mit Sicherheit steigen, denn niemand würde für jemand anderen arbeiten, wenn er dabei nicht mehr verdient, als er verdienen kann, wenn er für sich selbst arbeitet.«¹

Wallace hatte sein Buch den Arbeitern Englands gewidmet. Er war der Präsident der Bodenverstaatlichungsgesellschaft. Die Hauptgründe, die gegen das unbeschränkte Privateigentum am Boden sprechen, sind:

1. Es ist unvereinbar mit den natürlichen Rechten des Einzelnen,
2. der Boden ist nicht ein Erzeugnis menschlicher Tätigkeit,
3. der Wert des Bodens entsteht durch die Zusammenarbeit aller,
4. das Privateigentum führt zur Armut vieler und zum Reichtum weniger.

»Diejenigen, die nicht absichtlich ihre Augen schließen, müssen sehen, daß das Bodenmonopol privater Eigentümer die Ursache der sozialen Frage ist.

»Der Erdboden ist eine feste, unvermehrte Masse, während die Bevölkerung dagegen fortwährend wächst.«²

1 *Wallace* in »Land Nationalisation, its necessity and its aims«, 1882, lt. G. & R., S. 656
2 zitiert in *Adolf Damaschke*, a.a.O. Seite 290/291

IV. Sozialistische Ausweitungen des Rentenbegriffs

Die Nationalökonomien, von denen bisher die Rede gewesen ist, waren sämtlich Individualisten. Sie hatten nichts gegen das Eigentum als solches, und sie waren auch keine prinzipiellen Gegner des Kapitalzinses. Noch weniger verurteilten sie das Verhalten derjenigen, die dank ihrer Fähigkeiten und Begabungen Vorteile aus den bestehenden Verhältnissen zogen.

Von diesen Nationalökonomien unterschieden sich die Sozialisten, und zwar nicht nur durch ihre noch entschiedeneren Feindschaft gegen die Bodenrente und – in noch stärkerem Maße – gegen den Kapitalzins, sondern generell gegen alle die Einkommen, die Einzelne auf Grund besonderer Begabungen und Fähigkeiten durch Ausnutzen dieser Vorteile für sich erzielen konnten. Dieser Art der Mehr-Einkommen im Vergleich zum reinen Arbeitsertrag sprachen sie jede Berechtigung ab.

Daraus folgerten sie, daß nicht nur die Grundrente, sondern auch alle Kapitalzinsen und das Einkommen aus besonderer Fähigkeiten als Renten anzusehen seien und daß diese mithin gänzlich weggesteuert werden müßten. Das ist die Rechtfertigung des absoluten *Kollektivismus*. Diese Auffassung ist in England entstanden, wie überhaupt England die Heimat des Sozialismus gewesen ist (mit *William Godwin*, 1756–1836; *Charles Hall*, 1746–1825; *William Thompson*, 1785–1833, sein Buch 'Untersuchungen über die Grundsätze der Güterverteilung, die dem Glück des Menschen am günstigsten sind' erschien 1824, und er gilt als der Gründer des Sozialismus; *Robert Owen*, 1771–1858).¹

Freilich wurden die sozialistischen Ideen erst 1880 wieder in England aufgegriffen, als sich eine kleine marxistische Partei, die »Social-democratic Federation« bildete. Zur gleichen Zeit bemühte sich aber eine andere Gruppe, eine selbständige und spezifisch englische sozialistische Doktrin aufzustellen: es sind dies die »Fabier«.

Die *Fabian Society* ist 1883 entstanden, im Todesjahr von *Karl Marx*. Am Anfang war es nur eine kleine Gruppe junger Leute bürgerlicher Herkunft, die »die Rasse durch Höherbildung des individuellen Charakters friedlich erneuern« wollten. Um möglichst rasch Erfolge zu erzielen, wandten sich einige von ihnen dem Marxismus und dem Anarchismus des Kontinents zu. Doch verzichteten sie bald wieder auf revolutionäre Ideen, die so wenig dem englischen Charakter entsprechen, und nahmen, um den Unterschied gegenüber den Anhängern von Gewaltmaßnahmen hervorzuheben, den Namen »*The Fabians*« an. Dieser Name »Fabier« ist von *Quintus Fabius Maximus*, dem berühmten zaudernden römischen Feldherrn »*Fabius Cunctator*«, der durch seine geduldige Taktik schließ-

¹ vgl. auch Heft 166

lich *Hannibal* besiegte, abgeleitet. Mit einer ähnlichen Taktik sollte auch der Kapitalismus allmählich überwunden werden. Mit dem Enthusiasmus revolutionärer Apostel wollten sie nichts zu tun haben. Eher sind sie bereit, sich selbst zu verspotten. So ihr wohl bedeutendster Vertreter *Bernhard Shaw*:

»Denn zu dieser Zeit nahmen wir die unschätzbare Gewohnheit an, fröhlich über uns selbst zu lachen, eine Gewohnheit, die uns stets ausgezeichnet hat und uns von all dem unnötigen Wortballast der Enthusiasten befreite, die ihre eigenen persönlichen Gefühlswallungen für Strömungen der öffentlichen Meinung halten.«¹

Da sie jedes soziale Credo und jede definitive Politik verwarfen, entwickelten sie sich sehr schnell in eine einfache Studien- und Propagandagesellschaft, deren Rolle vorwiegend intellektuell ist und die »meint, daß in der Philosophie des Sozialismus das Licht eine größere Macht ist als die Wärme.«²

Trotz ihrer scheinbar harmlosen, sanften, intellektualistischen Taktik haben die Fabier eine tiefgehende Wirkung ausgeübt, weniger zwar auf die Arbeiterschaft als auf die bürgerlichen Klassen. Ihre hervorragendsten Vertreter waren, außer *Bernhard Shaw*, der Historiker *Sydney Webb* und *Beatrice Webb* und der Schriftsteller *H. G. Wells*. Durch ihre Mitarbeit an Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und jeder Partei, durch Veröffentlichung von Broschüren und Veranstaltung von Vorträgen ist es ihnen gelungen, ihre Ideen im ganzen Lande zu verbreiten. In einer Sammlung von Aufsätzen unter dem Titel »*Fabian Essays*« sind sie erstmals 1889 erschienen. Man findet in ihnen, typisch englisch, keinerlei Doktrin und auch nicht »die« Meinung der Fabian Society, sondern nur die ihrer hauptsächlichsten Vertreter. Die Gesellschaft macht nur praktische Vorschläge. Sie nennt sich zwar ausdrücklich »sozialistisch« und erstrebt die Umformung des Privateigentums in Kollektiveigentum, aber diese Umgestaltung der Gesellschaft soll nur auf demokratischem Wege und ganz und gar pragmatisch erfolgen. Es gibt in ihr keine besondere Meinung über die Ehe, die Religion, die Kunst, die theoretische Volkswirtschaft, die geschichtliche Entwicklung, den Geldumlauf usw. Alle geäußerten Ansichten sind persönlicher Natur, die zwar als Leitsätze gelten, aber keine offizielle Bestätigung erhalten, ausgenommen ihr besonderes Ziel: die Demokratie und den praktischen Sozialismus. Ihren Sozialismus definiert sie etwa folgendermaßen:

»Der Sozialismus, so wie ihn die Fabische Gesellschaft versteht, bedeutet die Organisation und die Leistung der notwendigen Industrien des Landes, wie auch die Aneignung aller Formen der ökonomischen Rente des Bodens und des Kapitals, durch die Gesamtheit der Nation, durch das Zwischenglied der

¹ *Gide & Rist*, a.a.O. Seite 659

² Report on Fabian Policy, *Gide & Rist* Seite 659

am besten dazu geeigneten öffentlichen Gewalten, wie kirchengemeindlichen, provinzialen und anderen Behörden. Der von der Fabischen Gesellschaft geforderte Sozialismus ist ausschließlich der Staatssozialismus.« (Als Gegensatz zu dem anarchistischen Sozialismus angewendet.)

»Andererseits verwirft die Fabische Gesellschaft nachdrücklichst jeden Plan, der darauf abzielt, einer Person oder einer Gruppe von Personen den vollen Arbeitsertrag zu garantieren. Sie erkennt an, daß der Reichtum in seinen Ursprüngen sozial ist und in seiner Verteilung sozial bleiben muß, da die industrielle Entwicklung es unmöglich gemacht hat, den Sonderbeitrag einer jeden Person zum gemeinsamen Gesamtprodukt zu unterscheiden oder seinen Wert zu schätzen.«¹

Sidney Webb versuchte, dem fabischen Sozialismus eine neue theoretische Basis zu geben. Er verwarf die Arbeitswertlehre und übernahm die Wertlehre von *Stanley Jevons*, der den Wert psychologisch betrachtete und aus der Nützlichkeit ableitete. In der Grundrententheorie *Ricardos* sah er die richtige Begründung für die Aneignung der Produktionsmittel durch das Kollektiv. Sie sei »der wirkliche Eckstein der kollektivistischen Volkswirtschaft«. Sie rechtfertige sowohl die Aneignung der Einkünfte des Bodens als auch die Konfiskation des Einkommens aus Kapitalien. Denn zwischen beiden Kapitalarten bestünden analoge Qualitätsunterschiede und folglich auch die entsprechenden Unterschiede in der Produktivität. So wie die besseren Böden höhere Ernten erbringen – während die Arbeiter trotz dieser Unterschiede nur den gleichen Lohn erzielen –, genau so sei es auch in der Industrie: die Mehrwerte fließen nur dem Kapital zu, nichts davon den Arbeitern. Der Zins sei daher ebenfalls ein Differentialeinkommen, eine Rente, genau wie die Differentialrente bei unterschiedlicher Bodenqualität.

Und schließlich sei damit auch das Einkommen aus höheren Fähigkeiten und Begabungen im Vergleich zu dem Einkommen der »Grenzarbeiter« als ein Differentialeinkommen zu bezeichnen, eine »Geschicklichkeitsrente«, eine Rente, im übrigen, die die Wirkung der zumeist besseren Erziehung sei, die die Kinder der höheren Klassen und der Kapitalisten empfangen und die sich folglich mittelbar aus dem Privateigentum erbe.

»Das 'Zusatzprodukt', das von den relativen Unterschieden in der produktiven Wirksamkeit der verschiedenen Landstriche, Felder, Kapitalien und Geschicklichkeitsquellen innerhalb der Bewirtschaftungsgrenze bestimmt wird, geht in die Hände derer über, die diese kostbaren und seltenen Produktionsfaktoren besitzen. Diese Schlacht um den Überschuß oder die 'ökonomische Rente' ist der Schlüssel der verworrenen Geschichte des europäischen

¹ Report on Fabian policy, zit. i. *Gide & Rist*, Seite 660

Fortschritts und der tiefliegende, wenn auch unbewußte Grund aller Revolutionen.¹

Dieser Versuch der Rechtfertigung der Konfiskation aller Arten von »Renten« im Sinne der Fabian Society ist natürlich absolut unhaltbar: die Grundrente aus dem Naturmonopol Boden ist nicht vergleichbar dem Zins, ganz zu schweigen von der »Geschicklichkeitsrente«. Mithin ist auch der Versuch der Fabier, den Kollektivismus auf die Rententheorie *Ricardos* zu gründen, unhaltbar. Jedoch ist dieser Versuch der Fabier insofern höchst interessant, als sie damit die *Marx'sche* Arbeitswerttheorie, genauer: seine *Mehrwerttheorie* verwarfen und die Theorie der *Grenznutzenschule* übernahmen, und damit also die Grundlage des gesamten Marxismus in Frage stellten, darunter vor allem auch Marx' Lehre vom Klassenkampf. Die Fabier sahen im Sozialismus nur die Fortsetzung des demokratischen bürgerlichen Ideals. *Sidney Webb*: »Das wirtschaftliche Bild des demokratischen Ideals ist tatsächlich der Sozialismus selbst.«²

Die Fabier wollten also nicht die Vorherrschaft des Bürgertums durch die Vorherrschaft des Proletariats ersetzen, sondern sie wollten die Industrie im Interesse der »ganzen Gemeinschaft« organisieren. Der fabische Sozialismus ist nicht eine Klassendoktrin, sondern eine »Philosophie des Allgemeinwohls«. »Der Sozialismus ist ein Plan, um allen gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten zu sichern.«³

»Nicht eine anarchistische, durch eine blutige Revolution zu verwirklichende Utopie fordern wir, sondern den spezifisch *englischen* Sozialismus, den Sozialismus, der sich in Taten und nicht in Worten ausdrückt, den Sozialismus, der sich lautlos in den Fabrikgesetzen, in den Gesetzen gegen das Truck-System, der Unfallgesetzgebung, in den Gesetzen über die öffentliche Gesundheit, die Arbeiterwohnungen, den öffentlichen Unterricht verkörpert hat – in dieser ganzen Masse von Wohlfahrtsgesetzen, die das Individuum zwingt, sich in den Dienst und unter den Schutz des Staates zu stellen«, das sagte *Beatrice Webb*.⁴

So groß der geistige Einfluß der Fabier auf die soziale Bewegung in England war, ihr unmittelbar politischer Einfluß blieb relativ gering. Zwar gründeten sie 1893 die 'Independent Labour Party', doch gelang es ihnen nicht, die Mehrheit der Arbeiterschaft zu gewinnen; diese blieb vielmehr bis zum Beginn dieses Jahrhunderts der 'Liberal Party' verbunden, in der ohnehin die sozialliberale Richtung überwog. Erst nach dem Ersten Weltkrieg wuchs die Labour Party zu ihrer heutigen Bedeutung an. Sie verdrängte damit die Liberalen als Zweite Kraft und über-

1 Fabian Tract No. 15, 'English Progress towards Social-Democracy', zit. i. *Gide & Rist*, S. 662

2 Fabian Essays, S. 35, zit. i. *Gide & Rist*, S. 663

3 'What Socialism is' Tract No. 13, zit. i. *Gide & Rist*, Seite 664

4 zit. i. *Gide & Rist*, Seite 666

nahm deren Rolle in dem herkömmlichen Zweiparteiensystem Englands. Aber das Programm der Arbeiterpartei aus dem Jahre 1921 ist noch von den Fabiern entworfen worden; es sieht einen demokratischen Sozialismus vor; die Partei ist also nach wie vor nicht marxistisch.

V. Knappheit - die Ursache aller Renten, Zinsen und Profite

Vergegenwärtigen wir uns, dieses Kapitel über die Grundrente und ihre Überwindung abschließend, noch einmal die eigentliche Ursache dieser Rente sowie aller anderen Arten von Renten überhaupt: es ist die *Knappheit des Angebots* an Grund und Boden, landwirtschaftlichen, gewerblichen, industriellen Produkten und Leistungen aller Art, auf die die Allgemeinheit dringend angewiesen ist, einerseits - und die Überfülle der *Nachfrage* seitens der Allgemeinheit nach Grund und Boden und all diesen Produkten und Leistungen, andererseits. Woher kommt die Knappheit des Angebots im Verhältnis zur Fülle der Nachfrage?

Im Falle des *Grund und Bodens* ist es, wie wir gesehen haben, das *unbeschränkte Privateigentum*, heutzutage besonders erkennbar an den städtischen Grundstückspreisen und den damit belasteten Mieten. Dieses unbeschränkte Privateigentum gibt dem Eigentümer die Möglichkeit, den jeweils höchsten Marktpreis, der sich aus Angebot und Nachfrage ergibt, für die Zurverfügungstellung seines Eigentums (in Form von Pacht, Miete, Kaufpreis) zu verlangen. Der Grundeigentümer besitzt faktisch ein *Monopol*.

Im Falle des *Kapitals* liegt die Sache letztlich ähnlich. Wir müssen uns nur des Unterschieds von Sachkapital und Geldkapital bewußt bleiben. Im Gegensatz zum Boden ist das *Sachkapital* vermehrbar. Zudem ist es der Alterung und dem Verschleiß ausgesetzt und bedarf deshalb der Wartung. Außerdem lastet auf ihm die Grundrente und die Kapitalverzinsung. Der Sachkapitalist ist daher gezwungen, seine Dienste laufend anzubieten, selbst wenn sie ihm nur seine Kosten einbringen. Das Sachkapital ist also *kein originäres Monopol*. Es kann von sich aus keine Rente erzwingen.

Aber das Sachkapital ist abhängig vom *Geldkapital*. Ohne Sparkapital könnte kein Sachkapital gebildet werden. Das Geld aber ist nicht verderblich. Soweit seine Besitzer es nicht zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts Nachfrage haltend auf dem Markte anbieten müssen, kann es warten. Insofern gibt es für das Geld *keinen Angebotszwang*, und deshalb besitzt es Monopolcharakter, ist es faktisch ein *Monopol* - ausgenommen den Fall, daß es durch Vermehrung seiner Gesamtmenge über ein bestimmtes Verhältnis zur Gesamtproduktion hinaus einer Entwertung ausgesetzt ist. Infolgedessen kann - bei Geldwertstabilität - der Geldbesitzer für den Verzicht auf den Vorteil seiner Liquidität zugunsten der Investition

in Sachkapital von dessen Besitzer eine Prämie, den *Zins*, das heißt praktisch auch eine Rente, verlangen; also einen Gewinn ohne eine Gegenleistung; im Volksmund *Profit* genannt.

Unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit erhebt sich damit die Frage: wie können alle die ohne jede sachliche oder ideelle Gegenleistung erworbenen Renten – bei denen es sich um Beträge handelt, die in die Hunderte von Milliarden gehen, die die Allgemeinheit bislang tragen muß – der Allgemeinheit, der sie doch letztlich ausschließlich zu verdanken sind, zugänglich gemacht werden?

Das *Bodenmonopol* läßt sich im Grunde allein dadurch überwinden, daß aller *Grund und Boden in Gemeineigentum* überführt wird. Nach Art. 15 GG wäre dies verfassungsrechtlich auch möglich. Die politischen Widerstände gegen eine solche in unsere bisherigen Verhältnisse tief einschneidende Maßnahme dürften aber unüberwindlich sein. Aber ein Schritt in dieser Richtung könnte dennoch durch die Gründung von *Gemeinde- oder Landesbodenfonds* getan werden: die Gemeinden oder das Land kaufen alles frei angebotene Land zum Marktpreis auf und bezahlen mit festverzinslichen Obligationen. Die Zinsen dafür erhalten sie durch die Verpachtung, vornehmlich im Wege der Erbpacht, des erworbenen Landes. Im Laufe der Zeit wird immer mehr Land in den Besitz der Fonds kommen. Die zunehmend größer werdenden Gewinne der Fonds fließen dann den Gemeinden bzw. dem Land für allgemeine Zwecke zu, von der Landerschließung bis zum Landschaftsschutz usw.

Gegen das *Geldmonopol*, das vor allem ja auch die Ursache der immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen und der Arbeitslosigkeit ist, dürfte allein eine ganz konsequent gehandhabte *Geld-Umlaufsicherung* (bei im übrigen natürlich auf Geldwertstabilität gerichteter Geldmengen- und Wechselkurspolitik) durch entsprechende Maßnahmen der Zentralnotenbank hilfreich sein.

* * *

»Wir haben zu wählen zwischen der Beseitigung der Baufehler unserer alten Wirtschaftsweise und dem Kommunismus. Ein anderer Ausweg ist nicht da.«

Silvio Gesell im Herbst 1918

Quellenhinweis zu Teil VI

- Edwin Cannan:* »A Review of Economic Theorie«, London 1930
- Adolf Damaschke:* »Die Bodenreform«, G. Fischer, Jena 1917
»Geschichte der Nationalökonomie«, Jena 1918
- Silvio Gesell:* »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld«, Rehbrücke b/Berlin, 1920
- Ch. Gide & Rist:* »Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen«, G. Fischer, Jena 1913
- Karl Marx:* »Das Kapital«, Bd. 1 und 3, Dietz-Verlag, Berlin 1972
- Franz Oppenheimer:* »Theorie der reinen und politischen Ökonomie«, Reimer, Berlin 1911
»David Ricardos Grundrententheorie«, Berlin 1909
- H. C. Recktenwald:* »Geschichte der politischen Ökonomie«
Kröner, Band 427, 1971
- David Ricardo:* »The Principles of Political Economy and Taxation«,
Everyman's Library, London 1937
- Georg H. Sabine:* »A History of Political Theory«, Harrap, London 1966
- Adam Smith:* »Der Wohlstand der Nationen«, dtv-Bibliothek 1978
- Ely and Wehrwein:* »Land Economics«, Maxmillan, New York 1941
- Walter Theimer:* »Geschichte der politischen Ideen«, Bern 1955

Hat euch euer Gott die Erde denn ganz zu eigen gegeben?

Müßt ihr für das, was ihr der Erde nehmt, nie etwas Geben?

Montezuma zu Cortés

* * *

Wir sind ein Teil der Erde. Was die Erde befällt, befällt auch die Söhne der Erde.

Denn das wissen wir, die Erde gehört nicht den Menschen, der Mensch gehört der Erde – das wissen wir.

Alles ist miteinander verbunden, wie das Blut, das eine Familie vereint. Alles ist verbunden.

Was die Erde befällt, befällt auch die Söhne der Erde.

Der Mensch schuf nicht das Gewebe des Lebens, er ist darin nur eine Faser. Was immer ihr dem Gewebe antut, das tut ihr euch selber an.

Das Ansinnen des weißen Mannes, unser Land zu kaufen, werden wir bedenken. Aber mein Volk fragt, was denn will der weiße Mann? Wie kann man den Himmel oder die Wärme der Erde kaufen – oder die Schnelligkeit der Antilope?

Wie können wir Euch diese Dinge verkaufen – und wie könnt Ihr sie kaufen? Könt Ihr denn mit der Erde tun, was Ihr wollt – nur weil der rote Mann ein Stück Papier unterzeichnet – und es dem weißen Manne gibt?

Wenn wir nicht die Frische der Luft und das Glitzern des Wassers besitzen – wie könnt Ihr sie von uns kaufen?

Eines wissen wir, was der weiße Mann vielleicht eines Tages erst entdeckt – unser Gott ist derselbe Gott. Ihr denkt vielleicht, daß Ihr ihn besitzt – so wie Ihr unser Land zu besitzen trachtet – aber das

könnt Ihr nicht. Er ist der Gott der Menschen – gleichermaßen der Roten und der Weißen. Dieses Land ist ihm wertvoll – und die Erde verletzen heißt ihren Schöpfer verachten.

Aus der Rede des Häuptlings Seattle vor dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1855.

(Walter-Verlag, Olten und Freiburg i. Brsg.)

Bleiben Arbeitsplätze unabänderlich Mangelware?

Werner F. W. Pohl

I. Die Massenarbeitslosigkeit

ist, so scheint es, zum vorerst nicht zu heilenden Krebschaden der modernen Industriegesellschaft geworden. Die ziemlich einhellige Expertenmeinung geht dahin, daß kurzfristig daran so gut wie nichts, jedenfalls nichts Durchgreifendes, zu ändern sei. Die einen äußern sich klipp und klar: »auf viele, viele Jahre nicht unter zwei Millionen«, andere tun's vorsichtiger: »nicht über Nacht« oder »das braucht seine Zeit«. Ob nun jemand unverblümt oder verblümt spricht, er möchte ja wohl auf den demographischen Umschwung in den 90er Jahren vertrösten. Mittlerweile sehen sich auch politisch Verantwortliche zu dem Sinne nach ähnlichen Aussagen genötigt, die sich bisher aufs äußerste dagegen gewehrt haben, die Massenarbeitslosigkeit als quasi gottgegebene Beigabe zur 'internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft' hinzunehmen. Im Innern dieser Menschen muß ein schwerer Konflikt zwischen Hirn und Herz bestehen: sich unter dem Druck der Realität (oder Sachzwänge) zu bitterer Einsicht verdammt zu fühlen (und daraus resultierend: zu innerlich verabscheuten, vertröstenden Lippenbekenntnissen), während zugleich das Herz mit allen Fasern dagegen revoltiert. Obendrein noch die Erkenntnis, daß das Andauern der Massenarbeitslosigkeit, wie die letzten Wahlergebnisse signalisieren, sozial weniger und weniger erträglich zu werden droht.

Hat die innere Not dieses (kleinen) Personenkreises schon das Ausmaß erreicht, daß man geneigt wäre, sich mit *unkonventionellen Beschäftigungsüberlegungen* zu befassen?

Ich kann dem Leser zusichern, daß ich ihm mehr als nur den berühmten Strohhalm biete, weil ich *aus dem Blick verlorene Zusammenhänge* aufzeigen werde.

Für die Experten und die sich auf sie verlassenden Nichtfachleute ist es 'selbstverständlich', daß auch in der Wirtschaftspolitik das tertium-non-datur-Axiom der Naturwissenschaft gilt, (das die moderne Welt als Ausfluß der allgemeinen Wissenschaftsgläubigkeit geprägt und in die gefährliche Entweder-oder-Polarisierung getrieben hat). Da die Wirtschaftswissenschaft, auf der die Wirtschaftspolitik fußt, jedoch keine exakte Wissenschaft ist, gibt es sehr wohl ein Drittes neben fallweise maßgebender Theorie und fallweise opponierender Gegen Theorie.

Diese Einsicht gibt mir den Mut zur *geistigen Revolte* gegen das gesicherte Experten-/Gegenexpertenwissen. Dabei hilft der Umstand, daß es einem Wirtschaftspraktiker (lange Jahre hatte ich als Unternehmensleiter im In- und Aus-

land jährlich sieben- bis achtstellige Investitionen und neunstellige Umsätze zu verantworten. Seither beschäftigt mich vorwiegend empirisch-konnexive ökonomische Grundlagenforschung) leichter fällt, sich an Tatsachen zu orientieren. Dieses Papier ist die geraffte Darstellung der von mir gewonnenen Erkenntnisse zur Beschäftigungsproblematik.

Im folgenden mache ich mich anheischig, die Kardinalirrtümer unserer Experten/Gegenexperten als *Nachdenkdefizite* auszuweisen und zu widerlegen; (des Lesers Verstand wird also herausgefordert); sodann des Übels Wurzel bloßzulegen, auf daß in einem ersten Schritt die Quelle verstopft werden kann, aus der Arbeitslosigkeit unaufhaltsam hervorsprudelt; sowie schließlich zu sagen, wie in einem zweiten Schritt der Massenarbeitslosigkeit selbst wirksam begegnet werden kann.

II. Das Problem

Ich bestreite:

- *Der Wachstumspfad* sei der Ausweg aus der Beschäftigungssackgasse;
- *Investitionen* kämen eo ipso der Beschäftigung zugute;
- *Satte Gewinne* (als »Lohn« der »Kapitalleistung«, die sich wieder »lohn« muß) zögen im Regelfall Investitionen für mehr Arbeitsplätze nach sich;
- *Es sei Sache des Staates*, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Wenn nur die 'richtige' Partei ans Ruder komme, klappte es schon;
- *Größere Produktivität* unserer Volkswirtschaft lasse sich ohne negative Folgen für die Beschäftigung in Lohn-(und Renten)erhöhungen ummünzen;

und behaupte:

- *Arbeit für alle* kann es rasch wieder geben durch millionenfache *systematische* Teilung von Vollzeitarbeitsplätzen in eine Vielfalt von Teilzeitarbeitsplätzen sowie durch *freiwilliges* Um- und Einsteigen auf neu geschaffene Teilzeitarbeitsplätze.

III. Ist der Wachstumspfad der Ausweg aus der Beschäftigungssackgasse?

Kommen Investitionen eo ipso der Beschäftigung zugute?

Ziehen satte Gewinne im Regelfall Investitionen für mehr Arbeitsplätze nach sich?

Die Antwort auf alle drei Fragen lautet:

Es *kann* so sein, aber es *muß nicht* so sein – und leider!: es *ist nicht* so; wobei am schwersten wiegt: dafür, daß der Kann-Fall eintritt, spricht wenig, denn das setzte

die *Umkehr* der heute alles beherrschenden Denkrichtung 'arbeitsparend und nochmals arbeitsparend' voraus. Entgegen dem dringendsten gesellschaftlichen Anliegen beherrschen deshalb nicht arbeitsplatzschaffende, sondern arbeitsplatzabschaffende Rationalisierungsinvestitionen das Feld in unserer Volkswirtschaft.

Übrigens, mit Fingern auf andere zeigen, wäre fehl am Platze, denn wir alle 'liegen voll im Trend': wir bedienen uns selbst im Supermarkt und an der Tankstelle, freuen uns über die gesparten Pfennige und kommen mit markschweren Steuern und Sozialbeiträgen für die durch Selbstbedienung (und hohe, nur vom Großkapital aufzubringende Investitionen) um ihre Existenz gebrachten Verkäuferinnen, Verkäufer und Mittelständler auf.

Was die satten Gewinne betrifft: sie sind die *Folge* arbeitsparender Investitionen; sprich: sie sind die Folge der Verminderung der Arbeitsplatzzahl (am Ort oder andernorts durch Computer, Automaten, Roboter) und nicht etwa der Grundstock für deren Vermehrung.

Wachstum (einmal abgesehen vom Widerstreit zwischen herkömmlichem Wachstum und unserer natürlicher Lebensgrundlage) bedeutet: Zunahme der erwerbswirtschaftlichen Produktion. Die Redewendung vom Wachstumspfad wird mit dem Zungenschlag vorgetragen, als dürften sich diejenigen, die's am nötigsten brauchen könnten, eine Besserung ihrer Lage davon versprechen. 2 1/2 Jahre Aufschwung lehren indessen, daß dem nicht so ist. Wieso?

Unsere Elite-Volkswirtschaft ist ohne Frage das Ergebnis von (fast) vier Jahrzehnten Wachstum. Doch profitiert wurde sehr ungleich daran; man vergegenwärtige sich nur die Eigentumsverhältnisse an unserem volkswirtschaftlichen Vermögen. Der gegenwärtige Aufschwung auf dem Wachstumspfad läuft nach unveränderten Spielregeln ab. Muß man sich wundern, daß er an bestimmten Türen reiche Einkehr hält, an anderen aber vorübergeht?

Lassen wir alle Schönfärberei beiseite: Wirtschaftliche Tätigkeit ist nun mal darauf gerichtet, Geld zu verdienen; (abgesehen von wenigen Aussteigern ist das auch unser aller Bestreben). *Diesem* Ziel - keinem anderen - dienen Investitionen. Ob Arbeitsplätze dabei entstehen oder verlorengehen, ist bloße *Begleiterscheinung*. Im kapitalistischen System investiert niemand, um aus Nächstenliebe Arbeitsplätze zu schaffen.

Obendrein hat sich im letzten Jahrzehnt in aller Stille die *Investitionsfinanzierung grundlegend - problemverschärfend! - geändert*.

In altkapitalistischer Zeit galt die Faustregel, daß das (von Arbeitsplätzen begleitete) Anlagevermögen aus Eigenmitteln zu stammen habe. Demgemäß war ein

Unternehmen solide finanziert, wenn Eigen- und Fremdmittel etwa im Verhältnis 1:1 zueinander standen; sprich: zu jeder eigenen Mark durfte man sich, ohne unsolide zu werden, eine fremde (für die Finanzierung des Umlaufvermögens) dazu leihen. In der Wirtschaftswunderzeit setzte sich eine andere Auffassung durch: eine eigene und zwei fremde Mark galt als tolerierbar. Seit einer Reihe von Jahren ist ein weiterer Auffassungswandel eingetreten: im Bundesdurchschnitt hat sich die Relation auf eine eigene zu vier fremden Mark verschlechtert. Das bedeutet, daß heute die Masse der Investitionen nicht mit Eigenmitteln, sondern mit *Krediten* finanziert wird und das heißt, daß bei Investitionsentscheidungen *andere Maßstäbe* hantiert werden als früher.

In altkapitalistischer und auch noch zu Wirtschaftswunderzeiten riskiert man eigenes Geld und meistens sogar 'auf gut Glück', denn man vertraute darauf, daß dank des eigenen 'Gewußt-wie' die Sache schon gut gehen werde. Maßstab aller Kreditfinanzierung ist, daß die Rentabilität des Investitionsvorhabens im voraus rechnerisch 'bombensicher' belegt werden kann. Und welche Investitionsvorhaben sind die rentabelsten? Nun, solche, die arbeitssparend sind; sprich: durch die Personalkosten/Arbeitsplätze am Ort *oder andernorts* (durch Computer, Automaten, Roboter) in Fortfall kommen. Die moderne Investitionsfinanzierung – um es in einem mathematischen Bild zu sagen – *potenziert* das Beschäftigungsproblem.

Wir leben in einer anderen Investitionswelt, als wir glauben. Unsere Überkommenen Vorstellungen decken sich nicht mit der Investitionswirklichkeit.

Das Kapital hat die Konsequenzen aus der 'antikapitalistischen Hexenjagd' auf die *Gewinn* geheißene *Sachkapitalrendite* gezogen. In aller Stille hat es einen neuen – unanstößigen – Weg zur Rendite gefunden. Es ist, wo immer möglich, von der *direkten* Sachanlage (auf gut Glück) umgestiegen auf die *Geldanlage* zwecks u. a. *indirekter* Finanzierung von Sachanlagen. Was ist an diesem Wandel so bemerkenswert? Was gibt der Sache den Pfiff?

Bedeutsame Vorteile fürs 'Kapital': Einmal wird die weiße Weste vom *Gewinnmakel* gereinigt. Die *Geldkapitalrendite* heißt nämlich nicht (pfui Teufel) Gewinn, sondern moralisch unverdächtig bloß schlicht Zinsen; (und wer unter den Gewinnächtern tut denn nicht selbst gern an der Zinsjagd mit?). Zum andern sind Zinsen eine von vornherein knallhart vereinbarte, sichere Sache, ganz im Gegensatz zu Gewinnen, die ihrer Natur nach unsicher sind, sind sie doch der *Rest*, der übrigbleibt, wenn alle Unternehmensverpflichtungen abgegolten sind. Drittens werden Zinsen dort, wo sie gezahlt werden, an der *Quelle*, *nicht* besteuert, (ob 'am Ende' beim Empfänger, wer weiß) wiederum ganz im Gegensatz zu Gewinnen, die am Ort ihres Entstehens *hoch* besteuert werden. Und schließlich viertens ist Zinsen tragendes *Geldkapital* nur für 'bombensichere

Investitionsvorhaben zu kriegen; *Geld*kapital läuft also im Gegensatz zum *Sach*kapital – man denke an die jährlich steigende Pleitenzahl – kaum Gefahr 'baden' zu gehen.

Anmerkung: Der große Wertberichtigungsbedarf unserer privaten, (halb)staatlichen und gewerkschaftseigenen Banken im letzten Jahrzehnt für fehlgeschlagene, spekulative Engagements steht hierzu nur scheinbar im Widerspruch. Fast alle diese Fälle haben eine lange Vorgeschichte, die meistens bis in die Zeit zurückreicht, als noch 'auf Vertrauen' und 'auf gut Glück' Kredite zu haben waren. In aller Regel wurden und werden solche 'Schieflagen', von denen viele im Ausland ihren Ursprung haben, mit Zinsüberschüssen 'bereinigt', die im Geschäft mit Kreditnehmern ohne Sonderkonditionen 'erwirtschaftet' worden sind.)

Wem Gerechtigkeit am Herzen liegt, der bedenke: *Arbeits*ertrag der Schaffenden fließt aus dem Unternehmen ab, ob nun 'Gewinne' ausgeschüttet (nach Besteuerung) oder bloß 'Zinsen' unbesteuert bezahlt werden. Insofern, als sie den *Arbeits*ertrag mindern, sind Gewinne und Zinsen ein und dasselbe. Mit Argusaugen beäugen jedoch die Wahrnehmer der Arbeitnehmerbelange lediglich die vom einmaligen Strom zum Bach geschrumpften Gewinne. Daß sich in aller Stille hinter ihrem Rücken ein breiter Zinsenstrom sein Bett gebahnt hat, nehmen sie das überhaupt wahr?

Fassen wir zusammen:

Wer sich angesichts der allgegenwärtigen Denkrichtung 'arbeitssparend' und angesichts vorausgesetzter 'bombensicherer' Rentabilität von Investitionen, von satten Gewinnen oder vom Wachstumspfad die Wende der Beschäftigungsmisere erwartet, huldigt Illusionen.

Und gleich noch ein kurzer Blick auf Zukünftiges: Auch mit neuen Steuererleichterungen für die Wirtschaft ließe sich – beschäftigungsmäßig – nichts wenden, denn der Wettbewerbssachzwang zu kostengünstigster Produktion läßt nicht zu, etwaige Steuerersparnisse dem Personalkostenblock zwecks Erhalt nicht mehr benötigter oder gar für neu zu schaffende, aber nicht erforderliche Arbeitsplätze gutzuschreiben. Betriebswirtschaftlich kann – unter dem Wettbewerbssachzwang – nicht ganzheitlich gedacht, sondern muß *zergliedernd* gedacht werden; d. h. jeder Kostenblock muß für sich gesehen und stets wieder aufs neue nach Einsparungsmöglichkeiten durchforstet werden.

Realitätsverlust möchte ich mir weder von Experten-/Gegenexperten- noch Politikerseite nachsagen lassen. Darum empfehle ich nicht, (was die logische Konsequenz aus meinen Darlegungen wäre), daß wir zur Behebung des Krebschadens Massenarbeitslosigkeit unsere auf arbeitssparende Investitionen festgelegte Denkrichtung 'wenden' und von der modernen Finanzierungsweise ablassen.

Machen wir uns lieber an die übrigen Denkversäumnisse und schauen, ob sich dort ein eher gangbarer – *pragmatischer* – Weg aus der Beschäftigungssackgasse finden läßt.

IV. Ist der Staat für die Behebung der Arbeitslosigkeit zuständig?

Gemäß dem demokratischen Grundsatz der Gewaltentrennung hat der Staat durch einschlägige Gesetzgebung (z. B. Tarifvertragsgesetz, Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmungsgesetz) die Tarifvertragsparteien Gewerkschaften und Verbände bevollmächtigt, *die Arbeitswelt* zu ordnen. Weil dem so ist, hat der Staat weder rechtlich noch sachlich die Mittel, die Arbeitswelt selbst in Ordnung zu bringen. Gemeinhin werden Erwartungen an ihn gerichtet, denen er nicht unmittelbar gerecht werden kann. Die Rolle, die er bei der Behebung der Arbeitslosigkeit spielen kann, wird, weil nicht richtig gesehen, überschätzt. Der Sachverhalt der Gewaltentrennung bedeutet indessen nicht, daß der Staat zu ohnmäßigem Zusehen verurteilt wäre. Im Gegenteil:

Die Fürsorgepflicht des Staates für die *Gesamtheit* der Bürger besteht unverändert fort, und sie erheischt, weil die Tarifvertragsparteien, wie die Arbeitslosigkeit lehrt, keinen optimalen Gebrauch von ihrer Vollmacht gemacht haben, daß der Staat Gewerkschaften und Verbände nachdrücklich – gegebenenfalls mit gesetzlichen 'Daumenschrauben' – anhält, einen verständigeren Gebrauch von ihrer Vollmacht zu machen; konkret: sie müssen, statt nur Rechte in Anspruch zu nehmen, auch den damit einhergehenden Pflichten aus der Tarifautonomie nachkommen; sprich: sie müssen die *Arbeitswelt* nicht lediglich für diejenigen, die (noch) drinnen sind, sondern *unter Einbeziehung der Hinausgedrängten und Nichtzugelassenen* ordnen. Der Staat muß Gewerkschaften und Verbände als die dank der Gewaltentrennung für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit rechtlich und sachlich unmittelbar Zuständigen unter *Einigungszwang* setzen.

Doch Vorsicht! Logische Konsequenz trüge einem auch in diesem Falle das Stigma 'Realitätsverlust' ein. Die sonst so uneinigen Tarifvertragsparteien würden sich vereint mit Händen und Füßen gegen 'Dergleichen' wehren und könnten dabei sogar der Schützenhilfe durch die ihnen jeweils zuneigende Hälfte des Parlaments sicher sein. Was nun? Etwa *Beschäftigungsprogramme*?

Wären sie eine Waffe in der Hand des Staates zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?

Ohne Frage gibt es bei uns zuhauf unerledigte Arbeit und auch(!) die zu ihrer Bewältigung erforderlichen technischen sowie menschlichen Ressourcen nebst Infrastruktur. Ohne Zweifel wäre es gut, es geschähe etwas. Aber – und das ist der *springende Punkt* – die Finanzierung müßte stimmen *und* die Überlebensfähig-

keit der Projekte aus eigenem müßte gewährleistet sein. Sie müßten sich selbst, d. h. unter *Einschluß etwaiger Folgekosten, tragen. Am besten wäre natürlich eine Finanzierung aus vorhandenen oder echt umgeschichteten Mitteln.* Es wäre jedoch auch gegen eine darlehensweise Finanzierung nichts einzuwenden, *wenn nur* der Schuldenrückfluß (und die Deckung etwaiger Folgekosten) aus dem jeweiligen Projekt selbst erfolgten. Davon hängt ab, ob Beschäftigungsprogramme eine Wohltat für die Gemeinschaft oder ob sie des Teufels sind.

Daß gegen die alles entscheidende Bedingung solider Finanzierung im 70er Jahrzehnt mit der Pumpfinanzierung ins Blaue hinein großzügig verstoßen wurde, ist die wesentliche Ursache dafür, daß jetzt das Geld für eine solide Finanzierung fehlt. Für die damals gemachten öffentlichen Schulden müssen jetzt Jahr für Jahr rund DM 50 Milliarden Zinsen gezahlt werden. Dieser Betrag ist so hoch wie das vom DGB geforderte mehrjährige große Beschäftigungsprogramm.

Die Befürworter von herkömmlichen Beschäftigungsprogrammen (auf Pump, beschönigend 'höhere Nettokreditaufnahme' genannt) sollten bedenken, daß Staatsschulden dem kleinen Mann keineswegs gleichgültig sein können. Sie kratzen ihn gehörig, wie ein Reibeisen, *bloß die Zusammenhänge durchschaut er nicht.* Die ungeheuren Milliardensummen an Zinsen, die der Staat für die gemachten Schulden zahlt und die in verhältnismäßig wenige Taschen fließen, sind nämlich nichts anderes als auch und gerade dem kleinen Mann über direkte und vor allem indirekte Steuern *abgeknöpfter Arbeitsertrag*; sprich: Teile seines mühselig verdienten Lohnes.

Man muß sich einmal klarmachen, wie stark die jährliche 50 Milliarden Zinslast des Staates die verfügbaren Einkommen seiner Bürger schmälert. Im Durchschnitt büßt jeder Einwohner der Bundesrepublik allein für die Zinszahlungen rund DM 800,— (eine vierköpfige Familie also rund DM 2500,—) jährlich ein. Das ist wahrhaftig kein Pappentier. Mehrwertsteuer, Benzin-, Tabak- und Alkoholsteuer sowie Lohn- und Einkommensteuer heißen die wesentlichen Schröpfköpfe, mit deren Hilfe diese gewaltigen Beträge aus der Haushaltskasse der Schaffenden auf die Konten verhältnismäßig weniger großer Geldkapitalbesitzer umgelenkt werden. Man sollte nicht vergessen, daß der Staat ohnehin gezwungen ist, künftig noch mehr Arbeitsertrag auf diese Weise umzulenken. Denn alle öffentlichen Hände zusammen müssen sich immer noch Tag für Tag mit etwa DM 100 Millionen *neu*, d. h. *zusätzlich* zum bestehenden Schuldenberg, verschulden.

Kann man, wenn man sich dieses vor Augen hält, dem Rückfall in die Schuldenwirtschaft ehrlichen Herzens das Wort reden? Nüchtern in Mark und Pfennig übersetzt hieße es ja: erhebliche *Mehrumlenkung* von Arbeitsertrag der Schaffenden auf die Konten der Geldkapitalbesitzer; und zwar mit *Langzeitwirkung*.

Fazit: Zu solide finanzierten Beschäftigungsprogrammen ein vorbehaltloses Ja; doch wie?

Allerdings mehr als ein *Linderungsmittel* wären auch sie nicht. An den Kern des Beschäftigungsproblems kommen wir mit Beschäftigungsprogrammen nicht heran. Sich *die* Wende auf dem Arbeitsmarkt von ihnen zu versprechen oder gar der Öffentlichkeit zu verheißen, wäre gefährliche Illusion. Und nur zu handeln, um zu handeln, ohne sich um die Konsequenzen zu scheren – weil man doch nicht einfach überhaupt nichts tun kann – käme schon einer geistigen Bankerotterklärung gleich. Was also dann? Die Quelle der Arbeitslosigkeit aufzuspüren versuchen und, wenn gefunden, *verstopfen*.

VI. Schafft größere Produktivitätsspielräume für Lohn- (und Renten)Erhöhungen?

Alle Welt glaubt, daß dem so sei und hat bisher dementsprechend gehandelt. Wenn unter unseren Kardinalirrtümern einer *der* Kardinalirrtum ist, dann ist es dieser. Und damit wird die Sache bitterernst. Wir stoßen zum Kern des Beschäftigungsproblems vor. Wir sind dort angelangt, wo *unsere Einsichtsfähigkeit darüber entscheidet, ob wir die Arbeitslosigkeit bezwingen und (in einem Aufwasch) auch den Inflationmotor abstellen – oder nicht.*

Was passiert eigentlich, wenn die Arbeitsproduktivität zunimmt? Wird 'Mehr' erzeugt? Werden Verteilungsspielräume geschaffen? Ganz und gar nicht. Etwas ganz anderes geht vor.

Die *Ergiebigkeit* der Arbeit erhöht sich, und das bedeutet: Der Arbeiter schafft sein Pensum *schneller*; oder anders ausgedrückt: Es wird *Gleiches in kürzerer Zeit* erzeugt. In der Dimension 'Mehr' spielt sich nichts ab. Wir haben es mit einem *Zeitvorgang* zu tun. Größere Produktivität = größere Arbeitsergiebigkeit ist von Natur her *Arbeitszeitverkürzung* (bei *unverändertem* Lohn, versteht sich) und eben nicht 'mehr Zaster'. Natürlich läßt sich der Vorteil aus größerer Arbeitsergiebigkeit auch in Geldeswert *umfunktionieren*. Was auf dieser Welt ließe sich nicht in Geld bewerten!

Vom Umfunktionieren, vom *Ummünzen*, ist in den zurückliegenden Jahren so ausbündig Gebrauch gemacht worden, daß daraus eine jedermanns Selbstverständlichkeit geworden ist. Allerdings hat das einen schrecklichen Preis gekostet: Die Beschäftigungsmisere. Setzt man sich nämlich über die Tatsache hinweg, daß Produktivitätssteigerung von Natur her Arbeitszeitverkürzung ist, und läßt arbeitstäglich gleich lange wie zuvor arbeiten, dann schafft der Arbeiter zwar ein größeres Pensum. Aber in Zeiten ohne (die Produktivitätssteigerung *übertreffendes*) Wachstum gibt es kein entsprechend größeres Pensum zu erledigen, es sei

denn, man nimmt einigen ihr Pensum ganz weg, teilt es auf die übrigen auf und entläßt die Unglücklichen, die es trifft, in die Arbeitslosigkeit.

Schlimmer noch: Nicht nur das Pensum, auch der zum Pensum gehörende Lohn der Arbeitsplatzverlierer wird aufgeteilt und kommt den glücklichen Arbeitsplatzbehaltern (soweit nicht als Kapitaldienst für die arbeitsplatzmindernde Rationalisierungsinvestition benötigt) als *produktivitätsbedingte* Lohn-erhöhung zugute, während die Arbeitsplatzverlierer einen drastischen Einkommensrückgang erleiden. Eine wahrhaftige *Arbeitslotterie für Wirtschaftsuntertanen*: Die einen ziehen das Los »Arbeitsplatzbehalt plus Lohnerhöhung (minus Geldentwertung) plus Angst 'wann erwischt es mich'«, während den anderen die Niete »Arbeitslosigkeit plus Statusverlust plus drastische Einkommensminderung« in die Hand gedrückt wird. Eine phantastische Auseinanderentwicklung von Arbeitnehmereinkommen; (den Gewerkschaften sonst ein Graus).

Für seine Irrtümer muß man bezahlen – auch als Gesellschaft. Wir bezahlen mit einer *Kette von Sachzwängen* in Gestalt einer

VII. Volkswirtschaftlichen Milchmädchenrechnung

- 1) *Innerhalb des Fabriktores* wird Jahr für Jahr im eingefahrenen Lohnrudentrott – zwar nach gehörigem Hickhack, aber dann *einvernehmlich* – die Produktivitätssteigerung *zunächst* in von den Gewerkschaften erkämpfte und von den Verbänden geschluckte Einkommensverbesserungen' umgemünzt. Als dann wird der von ihnen ausgehende Kostenschub, weil unanfechtbare betriebswirtschaftliche *Sachzwänge* es erheischen (und deshalb von den Gewerkschaften hingenommen), auf zwei Wegen 'neutralisiert':
 - a) Einmal werden die betrieblichen Einnahmen erhöht, indem die Preise für die hergestellten Güter im-Umfange, wie der Markt es hergibt, angeboten werden. Die allgemeine Teuerung wird also im Gange gehalten; der Inflationmotor wird mit frischem Treibstoff versorgt. Sogleich wird im voraus schon die 'Begründung' für die nächstjährigen Einkommensverbesserungen' gratis mitgeliefert.
 - b) Zum andern werden die betrieblichen Ausgaben beschnitten, indem durch Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen die Kopfhahl derer vermindert wird, für die die Einkommensverbesserungen' durchgesetzt wurden, und zwar in aller Regel mit (!) Zustimmung, weil die betrieblichen *Sachzwänge* nun mal so sind, ebenderselben Arbeitnehmerschutzinstitutionen, die just die 'Verbesserungen' erkämpft haben.

Begründet wird diese Denkakrobatik damit, daß auf diese Weise die Arbeitsplätze insgesamt 'sicherer' gemacht würden.

Nicht nur der direkte Lohn jedes 'Freigestellten' wird eingespart, sondern auch die auf ihn entfallenden hohen Lohnnebenkosten (rd. 80 % des Bruttolohns). Das wirkt sich wie eine zusätzliche Prämie auf jede Freistellung aus.

Haben wir es hier mit einer Art Spiegelfechtereie zu tun? Ist das Ganze nur ein Schlag ins Wasser? Lassen die Verbände die Gewerkschaften bloß geschickt ins Leere laufen? Handelt es sich nur um ein Nullsummenspiel? - - - Weit gefehlt! Denn:

2) *Außerhalb des Fabriktores* hat sich einiges getan. Das jahrelange clevere Ummünzen hatte Folgen. Weil das 'Sicherermachen' der Arbeitsplätze über viele Jahre systematisch betrieben worden ist, hat sich gehörig was an Arbeitslosigkeit aufgesummt.

Inzwischen wird Millionen Menschen *ihr natürliches Menschenrecht auf Arbeit* verweigert: als registrierte und nicht registrierte Arbeitslose, als Sozialhilfeempfänger, als abgeschobene Frührentner, als nachgewachsene Spätberufsanfänger und, gesellschaftlich besonders heikel, als (wegrationalisierte Arbeitsplätze vergeblich suchende) Jugendarbeitslose. Und was jetzt?

3) *Ein Bumerang kehrt von außerhalb nach innerhalb des Fabriktores zurück.*

Der Staat macht - von *Sachzwängen* genötigt - einen Strich durch die Milchmädchendoppelrechnung mit erstens den Einkommensverbesserungen für die Arbeitsplatzhalter und zweites deren anschließender, betriebswirtschaftlich unangreifbarer, *sacherzwungener* 'Neutralisierung'. *Der Staat bittet zur Kasse.*

Die Millionen Arbeitsplatzverlierer und zu Arbeitsplätzen nicht zugelassenen, nachgewachsenen Arbeitssuchenden sowie (nicht zu vergessen) weitere Millionen Familienangehörige müssen leben. Daß sie - gemessen an dem, was unsere Gesellschaft für 'normal' hält - mehr schlecht als recht über Wasser gehalten werden, ist nach Meinung der Gewerkschaften und Verbände Sache des Staates. Da der Staat aber von sich aus *nichts* hat, muß er sich an die wenden, die haben: Das sind die innerhalb des Fabriktores Verbliebenen und ihre Arbeitgeber. Sie müssen für die Hinausgedrängten und Nichtzugelassenen aufkommen, müssen sie miternähren. Kein Wunder: enorme, ständig steigende Lohnabzüge und Soziallasten, auch für die Arbeitgeber.

Diese Abgabenlast zusammen mit der im Gange gehaltenen Teuerung hat den kleinen Mann längst dahinterkommen lassen, daß die sogenannten Einkommensverbesserungen Illusion sind; sprich: daß ihm im Grunde *nur etwas in die Tasche gelogen wird*. Nur die unbestimmte Angst, ohne die Verbesserungen könnte er womöglich noch schlechter dran sein, hält ihn davon ab, das Kind beim Namen zu nennen.

Unsere Gesellschaft dünkt sich *superrational*. Ist aber (nur einfach) *rational* nachzuvollziehen, wieso wir alle so tun, als habe die clevere Milchmädchenrechnung *innerhalb* des Fabriktores nicht das mindeste mit dem zu tun, was sich *außerhalb* abspielt und als *Bumerang* nach *innerhalb* zurückkehrt? Gibt es für diese *Nichtzusammenschau* in engem *Zusammenhang* stehender Dinge eine andere Erklärung als versäumtes (mittlerweile überfälliges) Nachdenken über jedermanns 'Selbstverständlichkeiten'? Selbstverständlichkeiten sind bekanntlich eine Sache für sich. Erinnern wir uns, es war z.B. auch einmal selbstverständlich, daß die Sonne sich um den Weltallmittelpunkt Erde bewege. Ist es die *Selbstverständlichkeit*, mit der die Einkommensverbesserungspolitik betrieben und von jedermann für gut befunden wird, die uns blind für die Tatsache macht, daß überhaupt *nicht bewirkt* wird, was *bezweckt* wird?

Mit einem *Sieb*, das von betriebswirtschaftlich unanfechtbaren *Sachzwängen* durchlöchert ist, wird doch das Einkommensverbesserungswasser geschöpft. Nun hat sich jedesmal von Lohnrunde zu Lohnrunde der Wert der Mark verschlechtert. Immer noch war sie nach einer Lohnrunde 'selbstverständlich' weniger wert als vorher. Doch nicht nur das: Seit etwa 12 Jahren sinkt das *Gesamtnettoeinkommen* der Arbeitnehmerschaft, (sofern man Arbeitslose nicht ihre Arbeitnehmereigenschaft streitig macht). Man zähle nur die regelmäßig um höhere Abzüge geschmälernten Nettolohneinkommen der Dringeblichenen und die Arbeitsloseneinkommen der Hinausgedrängten zusammen; und das muß man ja wohl ehrlicherweise tun, wenn man sich für die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen interessiert: alles andere wäre nur die halbe Wahrheit.

Wir stehen am Scheidewege. Die Einkommensverbesserungspolitik mit dem von Sachzwängen durchlöcherten Sieb können die Unternehmen dank der betriebswirtschaftlich unanfechtbaren 'Neutralisierungs'möglichkeit noch lange aushalten. Ob auch die Arbeitnehmerschaft es kann und *wollen wird*, ist schon eher die Frage. Die Arbeitnehmerschutzinstitutionen sollten sie sich stellen – und beantworten.

Auch an dieser Stelle sei nach dem Realitätsverlust gefragt, und – weil davon abhängt, ob wir die Arbeitslosigkeit (und Inflation) bezwingen oder nicht – in aller Härte. Wer leidet daran? Bin ich es, der ich die zusammengehörenden, aber nicht zusammengedachten Zusammenhänge aufzeige oder sind es die vereinigten Milchmädchenrechner mit ihren 'Selbstverständlichkeiten'? Dennoch, ich will's mich nicht verdrießen lassen: Mut macht mir, auf eine 'Wende' zu hoffen, (und zwar eine Wende, die den Namen verdiente und dazu noch von ganz anderer Seite käme), diesen Mut zu hoffen, macht mir, was ich zuverlässig von der tarifpolitisch tonangebenden Gewerkschaft, der IG Metall, erfahren habe; nämlich, daß sie sich »auf eine Tarifpolitik für die kommenden Jahre verständigt hat, in der Produktivitätssteigerungen durch Arbeitszeitverkürzungen ausgeglichen werden sollen.«

Eigentlich zu schön, um wahr zu sein. Denn letztes Mal forderte die IGM nicht nur Arbeitszeitverkürzungen, die beträchtlich über die Produktivitätssteigerungen hinausgingen, sondern obendrein noch Lohnerhöhungen - und bekam (gemäß der volkswirtschaftlichen Milchmädchenrechnung) beides.

Würde man künftig tatsächlich die Produktivitätssteigerung zum Maßstab für die Arbeitszeitverkürzung machen, auch dann noch käme im Laufe mehrerer Jahre mit zwar nur klein anmutenden Einzelschritten Erkleckliches zusammen. Die 30-Std.-Woche als Regelarbeitszeit läge (ohne Lohnneinbuße) bis zur Jahrtausendwende im Bereich des Möglichen. Wird hingegen weitergemacht wie beim letzten Mal, bleibt halt die Arbeitsplatzlotterie im Gange und wird der Wert der Mark erneut abnehmen. Vor allem aber wird das *Gesamtnettoeinkommen* der (beschäftigten und unbeschäftigten) Arbeitnehmerschaft weiter *sinken*.

Ehe man vorschnell sagt 'schön und gut' und den Realitätsverlust (doch noch zu meinen Lasten) bemüht, weil dieser Zusammenhang angeblich die allgemeine Einsichtsfähigkeit übersteige, sollte man sich klarmachen, was die konsequente tarifpolitische Wende (gemäß vorstehendem IGM-Zitat) *bewirken* würde:

Sobald die Produktivitätssteigerung nicht mehr in Lohnerhöhungen (für die Drinbleibenden) umgemünzt würde, *würde die Quelle verstopft*, aus der Arbeitslosigkeit bisher schier unaufhaltsam hervorgesprudelt ist und noch hervorsprudelt. Die *Zunahme* der Arbeitslosigkeit käme zum *Stillstand*. Der erste, entscheidende große Schritt aus der Beschäftigungssackgasse wäre getan, und 'nebenbei' würde auch noch der *Inflationmotor abgestellt*; dank unserer zurzeit niedrigen Preissteigerungsrate ist die Gelegenheit gegenwärtig einmalig günstig.

Damit meine ich, sei deutlich, was das *wohlverstandene Interesse der großen Volksmehrheit und insbesondere der Arbeitnehmer- und Rentnerschaft* gebietet:

Nachdem die *Realität* das geduldige Hoffen auf eine Beschäftigungswende durch Gewinnaufbesserung, Investitionen und Wachstum enttäuscht hat, sollten sich Gewerkschaften - denn ohne sie läuft nichts, was andererseits eine große *Verantwortung* gegenüber unserem Gemeinwesen ist - sowie alle sich den Arbeitnehmer- (und Rentner)interessen besonders verpflichtet fühlenden Politiker über alle Parteigrenzen hinweg zu einer *Beschäftigungsinitiative* zusammen finden mit dem Ziel, den *Teufelskreis betriebswirtschaftlich unanfechtbarer Sachzwänge zu durchbrechen*, und zwar dadurch, daß die von der IGM in Aussicht gestellte tarifpolitische Wende konsequent vollzogen wird. Konkret:

Gewerkschaften und Verbände verständigen sich unter dem Patronat des Staates auf einen *Beschäftigungspakt* folgenden Inhalts:

Einerseits:

Keine Lohnrunden alten Stils mehr, sondern Ausgleich der Produktivitätssteigerung durch Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn, sowie

andererseits:

Es erfolgen keine weiteren Rationalisierungsentlassungen mehr und das Drehen an der Preisschraube hört auf.

Die *Initiative* hierzu muß von der Seite ausgehen, für die die Sachzwänge der *Wirtschaftsräson* 'Rationalisierungsentlassungen' und 'Drehen an der Preisschraube' *unerträglich* geworden sind. Denn, daran sei erinnert, dank ebendieser *Wirtschaftsräson* bleibt für die Unternehmen jede Menge bisheriger Einkommensverbesserungspolitik noch lange *erträglich*. Aus der betriebswirtschaftlichen Zahlenwelt geht kein Wendezwang hervor.

Indessen ist anzunehmen, daß die Verbände sich einer tarifpolitischen Wende nicht versagen würden. Die dort Verantwortlichen sind Menschen wie andere auch, denen die Dimension, in die die Arbeitslosigkeit gewachsen ist, nicht weniger unheimlich ist. Vor allem aber stehen betriebswirtschaftliche Sachzwänge dem nicht entgegen, und die Zeiten des Neinsagens um des Neinsagens willen dürften vorüber sein.

Und das heißt:

Die Chance der Mäcbarkeit ist gegeben. Den gesellschaftlichen und politischen Machtblöcken wird keine Opferung unverzichtbarer Grundpositionen und kein echtes Solidaritätsoffer abverlangt.

Mit dieser Problemlösung schlängeln wir uns sozusagen zwischen den gesellschaftlichen und politischen Machtblöcken hindurch.

Das Mittel zum Abbau der bestehenden Arbeitslosigkeit wäre damit allerdings *nicht* gefunden. Aber die Arbeitsplatzlotterie würde abgeschafft; anders ausgedrückt: Die Beschäftigten praktizierten Solidarität untereinander. Es hörte auf, daß die Drinbleibenden Vorteile auf Kosten *Neuhinausgedrängter* erlangten. Ferner käme ein Ende an die krasse Auseinanderentwicklung der Einkommen von (drinbleibenden) und (hinausgedrängten) Arbeitnehmern.

Soll den Arbeitslosen geholfen werden, bedarf es schon *weitergehender Solidarität*; konkret: der Hergabe von Arbeitszeit *mit* dem dazugehörigen Lohn, jedoch glücklicherweise nicht auf dem Zwangswege. Es gibt nämlich eine – unserer freihheitlichen Gesellschaftsordnung angemessene – Lösung *auf freiwilliger Basis*. Die Abklärung des verbleibenden Nachdenkdefizits wird es zeigen.

VIII. Darf es nur eine Einheitsarbeitszeit für alle geben?

Das landläufige Denken der Gewerkschaften und der übergroßen Zahl der Arbeitgeber ist auf eine einheitliche Arbeitszeit für alle festgelegt. Dieses 'Eintopf'-Denken ist ein Überbleibsel aus dem Obrigkeitsstaat und paßt nicht länger in eine freiheitlich geprägte Gesellschaft. Inzwischen zählen die Menschen nach Millionen, die *Teilzeitarbeit* wünschen und mit den aus einer Teilzeitbeschäftigung erzielten Einkünften auch zufrieden wären. Mangels Angebot solcher Arbeitsplätze halten ungezählte Frauen und Männer Vollzeitarbeitsplätze besetzt, obwohl sie viel lieber nur halbe Tage, oder 20 oder 25 oder 30 Stunden je Woche oder 2-3 Tage in der Woche oder eine Woche um die andere arbeiten würden; (weitere Spielarten der Teilzeitarbeit sind denkbar).

Die meisten derzeitigen Vollzeitarbeitsplätze sind grundsätzlich teilbar. Was fehlt, ist eine *systematische Arbeitgeberinitiative*, in großem Stil eine Vielfalt von Teilzeitarbeitsplätzen auf den »Arbeitsmarkt« zu bringen, und zwar zu *normalen* Bedingungen; d. h. ohne hintenherum etwaige Risiken auf die Arbeitnehmer abzuwälzen wie im Falle des Jobsharings oder schlimmer noch durch das Verlangen nach ständiger Abrufbereitschaft mit jedoch nur Bezahlung für die Einsatzzeiten. Mit dieser Initiative könnten die Arbeitgeber einen entscheidenden, sie fast nichts kostenden (gemessen an den gegebenen Personalkosten) Beitrag zur Behebung der Beschäftigungsmisere leisten. Die Betriebsräte hätten die Pflicht, kooperativ zu sein und nicht etwa zu 'mauern'.

Auch die Gewerkschaften hätten einen Beitrag zu leisten: neue *geistige* Beweglichkeit; sprich: sie hätten mit ihrem verkrusteten Denken zu brechen und diesen Ausweg aus der Beschäftigungsmisere nicht länger zu blockieren. Gewiß, es wird schwarze Arbeitgeber-Schafe geben, die versuchen werden, die Gelegenheit zur Übervorteilung ihrer Arbeitnehmer auszubeuten. Aber die Gewerkschaften sind auch nicht von gestern und könnten *vorausdenkend* Abwehrmaßnahmen gegen solche Einzelfälle ersinnen. Und schließlich haben wir hellwache Medien, um Unanständigkeiten an die Öffentlichkeit zu bringen.

Teilzeitregelungen würden es ferner ermöglichen, daß Frauen, die Kinder aufziehen möchten, nicht wie heute vor die Wahl gestellt werden: entweder Beruf und keine Kinder oder Kinder und raus aus dem Beruf mit kaum einer Chance, nach 20 Jahren den Anschluß zu finden. Ohne Zweifel würden sich auch zahlreiche Väter ihren Kindern zuliebe für eine Teilzeitbeschäftigung entscheiden, wenn's ginge. Weder für Mütter noch Väter handelte es sich, wohlverstanden, um lebenslang gültige Entscheidungen, sondern um *menschliche Freiräume* gewährende Regelungen für die Zeit, in der die dritte Generation heranwächst, von deren Existenz die Renten der zweiten abhängen. Ferner könnte auf diese Weise die von vielen als Ärgernis empfundene sogenannte Doppelverdienerfrage entschärft werden.

Neues schreckt häufig ab.

Darum will ich meinen Vorschlag noch einmal zusammenhängend darstellen. Von der Volksgeißel Massenarbeitslosigkeit wollen wir uns in zwei *pragmatischen* Schritten, also *systemkonform* befreien:

- 1) Die Quelle, aus der Arbeitslosigkeit bisher unaufhaltsam hervorgesprudelt ist, läßt sich verstopfen, wenn die gewerkschaftliche Tarifpolitik tatsächlich darauf einschwenkt, Produktivitätssteigerungen nicht mehr in Lohnerhöhungen umzumünzen, sondern durch Arbeitszeitverkürzungen auszugleichen. Ganz 'nebenbei' würde auch der Inflation der Garaus gemacht, und wir bekämen endlich echte Geldwertstabilität.
- 2) Die bestehende Arbeitslosigkeit läßt sich durchgreifend und rasch abbauen, sobald die Arbeitgeber systematisch ein millionenfaches Angebot verschiedenartigster Teilzeitarbeitsplätze auf den »Arbeitsmarkt« bringen.

Millionenfach hört sich gewaltig an, und doch beträfe es nur etwa 10 % der bundesdeutschen Erwerbspersonen. Das bedeutet umgekehrt, daß sich für die übergroße Mehrheit in dieser Hinsicht nichts änderte.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Um- und Einstieg auf Teilzeitarbeitsplätze freiwillig vor sich ginge, was wiederum für die übergroße Mehrheit bedeutete, daß niemand zu etwas gezwungen zu werden bräuchte, was er nicht will. Mit anderen Worten: eine unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung konforme Problemlösung.

Denkbar wäre, daß der Staat durch gezielte *Steuererleichterungen für teilzeitarbeitende Arbeitnehmer* einen Anreiz zum Umsteigen auf Teilzeitarbeitsplätze schüfe. Die Entlastung von dem immensen Folgekosten der Massenarbeitslosigkeit setzte ihn dazu in den Stand.

Ängstlichen Fragern sei vorsorglich geantwortet: Es wird genauso klappen, wie Erhards Abschaffung der Marktwirtschaft 1948 geklappt hat. Heute wie damals geht es um nichts anderes, als auf eine aufgestaute Nachfrage mit einem neugestalteten Angebot zu reagieren. Aufgestaut hat sich bei uns die Nachfrage nach Nicht-Eintopf-Arbeitsgelegenheit. Nun heißt es, diese Nachfrage mit einem neugestalteten Nicht-Eintopf-Angebot von Arbeitsgelegenheit zu befriedigen.

Übrigens haben wir (gemessen an zahlreichen Industrieländern) einen *Nachholbedarf*, was Teilzeitarbeitsplätze betrifft. Im Vorbildland der Freimarktwirtschaftler USA hat sich das Reagansche Beschäftigungswunder ganz überwiegend im Teilzeitsektor vollzogen. Hätten die USA eine so niedrige Quote an Teilzeitarbeitsplätzen wie wir, gäbe es dort 4,7 Millionen Arbeitsplätze weniger.

IX. Schlußbetrachtung

Mir ist bewußt, daß ich dem Leser zwar vor Augen geführt habe, wie *unzulänglich* die bisherige, für jedermann zur 'Selbständigkeit' gewordene Einkommensverbesserungspolitik ist, aber schuldig geblieben bin ich zu sagen, was an ihre Stelle treten sollte. Nicht etwa, weil ich dazu nicht auch Unkonventionelles, (versteht sich), zu sagen wüßte, sondern weil mir in unserer Lage 'Arbeit für Alle' von ungleich höherer Priorität dünkt. Auf die Lösung dieses Problems müssen sich Gewerkschaften und Verbände mit sanftem Nachhilfedruck des Staates *konzentrieren*, zumal nichts 'anbrennt', wenn die alte Einkommensverbesserungspolitik ruht. (Wie erläutert, käme die an die Lohnrunden gekoppelte Wertminderung unseres Geldes zum Stillstand, und das wäre allgemein gut auszuhalten.)

Erst wenn aus Arbeitslosen wieder Beschäftigte geworden sind, ist das Problem 'gerechtes Entgelt für erwerbswirtschaftliche Arbeit' an der Reihe, und es ist in der Tat das weiterhin ungelöste Problem. Nicht von ungefähr habe ich bei den Themen 'moderne Investitionsfinanzierung' und 'Zinslast für Staatsschulden' gezeigt, *wo und wie* gewaltige Mengen Arbeitsertrag der Schaffenden zu Gunsten der Geldkapitalbesitzer, die sich um den Erhalt oder gar die Vermehrung von Arbeitsplätzen nicht das mindeste scheren, 'umgelenkt' werden. Diesen Weg nimmt viel viel mehr Geld, als jemals als (geächteter) Gewinn für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen – nach Besteuerung – kassiert wurde. Wer über 'gerechtes Entgelt' nachdenkt, muß meines Erachtens diesen Sachverhalt zum Ausgangspunkt seiner strategischen Überlegungen machen. (Anmerkung: Auf der gleichen Linie liegt folgender Sachverhalt: Was die sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer nicht auf einen grünen Zweig kommen läßt, sind nicht ausplündernde Gewinne, sondern ist die ihnen von der internationalen Bankenwelt auferlegte Zinslast; seit Reagan: Hochzinslast.)

Mir ist schließlich bewußt, daß ich den meisten Lesern mit meinen unkonventionellen und nonkonformistischen Überlegungen immer dann, wenn es an 'ihr' Eingemachtes ging, beträchtliche Schluckbeschwerden bereitet habe. Zu meiner Rechtfertigung möchte ich noch ein paar Sätze von *Joseph A. Schumpeter* zitieren; sie sind seinem Vorwort zur zweiten amerikanischen Ausgabe seines aus dem Meer volkswirtschaftlicher Literatur unseres Jahrhunderts turmhoch herausragenden Werkes entnommen:

'*Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*' (deutsche Übersetzung nach UTB Band 172 / Francke München 5. Auflage 1980 S. 490/91):

» Wir schmieden dauernd zuviel Pläne und denken dauernd zu wenig nach. Wir nehmen jeden Appell zum Nachdenken übel und hassen jedes ungewohnte Argument, das nicht in Übereinstimmung steht mit dem, was wir schon glauben oder gern glauben möchten. Wir tappen in unsere Zukunft . . . – mit verbunde-

nen Augen. Nun, genau dieses ist der Punkt, wo ich dem Leser helfen wollte. Ich wollte ihn dazu bringen, daß er nachdenkt.«

Der vorstehende Aufsatz wurde uns von Herrn Werner F. W. Pohl, einem Leser von *Fragen der Freiheit*, zugeschickt mit der Bitte, ihn unseren Lesern als Diskussionsgrundlage zur Kenntnis zu geben. Wir stimmen mit Herrn Pohl vor allem darin überein, daß nach seinem interessanten pragmatischen Vorschlag eines »Beschäftigungspaktes« zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften das grundsätzliche Problem der Überwindung der »Eigengesetzlichkeit« der primär auf Geld-Kapital-Verzinsung hinorientierten Investitionstätigkeit noch der Lösung harret. Bei aller gebotenen Skepsis wollen wir doch gerne dem Wunsch von Herrn Pohl entsprechen und unsere Leser zugleich um Stellungnahme dazu bitten, die ggf. im nächsten oder übernächsten Heft ebenfalls wiedergegeben werden könnten.

Red.

Satte Zinsen – immer mehr Arbeitslose

»Wir erleben zur Zeit eine Arbeitslosigkeit, die schlimmer ist als jene in den Jahren des Wiederaufbaus« sagte *Helmut Kohl* in seiner ersten Regierungserklärung nach seiner Wahl zum Bundeskanzler im Herbst 1982, und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlug er vor, »die privaten und öffentlichen Investitionen anzuregen«. Diesem angebotsorientierten Konzept zufolge wurden Steuererleichterungen und Abschreibungsverbesserungen beschlossen. Ein Beschäftigungsförderungsgesetz, das mehr Flexibilität in die Arbeitsverträge bringen soll, ist inzwischen gefolgt. Und schließlich wurde eine Vorruhestandsregelung getroffen, um älteren Arbeitnehmern das vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben schmackhaft zu machen. So also hoffte man, die Überwindung der Arbeitslosigkeit in Gang zu bringen.

Tatsächlich ist in dieser Hinsicht so gut wie überhaupt nichts erreicht worden; die Zahl der Arbeitslosen ist seit Oktober 1982 um mindestens 300.000 gewachsen. Die Folge: eine Flut von Reformvorschlägen von allen Seiten. So fordert DGB-Chef *Breit* »konkrete Maßnahmen, insbesondere beschäftigungswirksame öffentliche Investitionen«. *Graf Lambsdorff* schlägt eine sofortige »einstufige Steuersenkung« vor statt der zweistufigen, wie von der Regierung vorgesehen. SPD-Fraktionsvizevorsitzende *Anke Fuchs* plädiert für eine »Ergänzungsabgabe zur Lohn- und Einkommensteuer, damit die öffentliche Hand am Arbeitsmarkt aktiv werden könne.« NRW-Arbeitsminister *Heinemann* ist für »gesetzliche Maßnahmen gegen die hohe Überstundenzahl«; dies aber lehnt Arbeitgeberverbandspräsident *Esser* entschieden ab. Hamburgs Oberbür-

meister *von Dohnanyi* (SPD) fordert ein »langfristiges Konzept zur Arbeitszeitverkürzung«, dazu einen »zweiten Arbeitsmarkt« und »Instrumente der öffentlichen Finanzierung«. FDP-Mittelstandsexperte *Grünbeck* tritt für »private Berufsberatung« ein in Konkurrenz zur Bundesanstalt für Arbeit, die mangelhaft berate und unzureichend fortbilde und umschule.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion *Wolfgang Roth* nannte fünf Forderungen seiner Partei für die bevorstehende Begegnung von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften: »Arbeitszeitverkürzung unter Einbeziehung des Abbaus von Überstunden« (wogegen inzwischen Gesamtmetall-Geschäftsführer *Kirchner* protestiert hat mit dem Hinweis, jede Reglementierung von Überstunden wäre ein »nicht mehr gutzumachendes Eigentor gegen unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit gegen die Sicherheit der Arbeitsplätze«); zweitens eine »Unternehmenssteuerreform, die das Investieren in neue Arbeitsplätze fördere«; drittens »direkte Arbeitsbeschaffung für benachteiligte Gruppen«; viertens eine »Initiative 'Arbeit und Umwelt'«; und fünftens eine »Finanz- und Sozialpolitik zur Stabilisierung der Binnennachfrage, die die Masseneinkommen fördere und die Konsumgüternachfrage stabilisiere.« Im übrigen verwies *Roth* darauf, daß die konjunkturelle Belebung in den letzten zweieinhalb Jahren von der positiven Exportentwicklung abhängig gewesen sei, sodaß eine Verschlechterung der US-Konjunktur sich sofort auf dem deutschen Markt niederschlagen werde, denn eine Stabilisierung der deutschen Binnennachfrage sei in dieser Zeit keineswegs erfolgt.

Bundeswirtschaftsminister *Bangemann* verweist auf die »mangelhafte Qualifikation« vieler Arbeitssuchender. Teilweise in ähnlicher Richtung gehen die Vorschläge des SPD-Bundesgeschäftsführers *Peter Glotz*: »Ein sozialer Fortschritt ist ohne technischen Fortschritt nicht möglich.« Deshalb erhebt er die Forderung nach einem »Strukturwandel durch durchgreifende technologische Neuerungen«, wobei dem »Kleinbetrieb« der Vorzug zu geben sei. *Peter Glotz* schreibt weiter:

»Zur Unterstützung dieses Strukturwandels hin zu kleinen, wettbewerbsfähigen Formen brauchen wir aber einen neuen wirtschaftspolitischen Ansatz – eine, wie ich es gerne nenne, Strategie der kleinen Form.

»Einmal müssen wir die Wettbewerbschancen der kleinen und mittleren Unternehmen auf der Kostenseite verbessern; zum andern müssen wir Risikokapital, Ideen und wagemutige Leute mobilisieren. Und Drittens brauchen wir eine breite Qualifikationsoffensive.

»Den letzteren Punkt halte ich für besonders wichtig. Wir sind und bleiben eine Nation, die ihren Reichtum nicht aus Rohstoffen, sondern aus Wissen und somit aus der Qualifikation der arbeitenden Menschen schöpft.

»Wenn wir es aber zulassen, daß immer mehr Arbeit durch Kapital ersetzt wird, so wird das zu einem dauerhaften Ansteigen der Arbeitslosigkeit und zu Einbrüchen bei der gesamten Konsumnachfrage führen.

»Wir müssen hier zwei Hebel ansetzen: wir müssen die arbeitsintensiven Bereiche strukturell fördern, und wir müssen den produzierten Reichtum anders als bisher verteilen.

»Wir Sozialdemokraten haben in die-

sem Zusammenhang das Konzept der *Wertschöpfungssteuer* entwickelt. Ich bin mir aber im klaren darüber, daß der mit der Wertschöpfungssteuer erzielte Umverteilungseffekt nicht ausreichen wird, die Wettbewerbsfähigkeit personalintensiver Kleinbetriebe nachhaltig zu verbessern – im Vergleich zu kapitalstarken Großbetrieben. Aber sicherlich ist damit ein Anfang gemacht.

»Wir bekommen zunehmend Wirtschaftseinheiten mit unerhörter Kapitalkonzentration und noch größerer Wertschöpfung, die in keinem Verhältnis mehr zur Beschäftigung und der damit verbundenen Verteilung stehen und stehen können. Die allgemein beobachtete zunehmende Entkopplung von Wachstum und Beschäftigungssystem hat darin wohl ihren Grund. Ich denke, wir sollten jene gewaltige Wertschöpfung in die Bereiche lenken, die an den Produktivitätsfortschritten im Gefolge der neuen Technologien nicht oder nicht in gleichem Maße teilhaben können, von denen wir aber erwarten müssen, daß sie neue Arbeitsplätze schaffen: hauptsächlich in die Dienstleistungen. Darum lautet mein Vorschlag für die Verwendung des gesellschaftlichen Produktivgewinns: Er soll eingesetzt werden zur Senkung der Arbeitskosten und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen im privaten nicht hochproduktiven Bereich.«¹

Soweit *Peter Glotz* am 12. Juli 1985. Und was sagt die Gegenpartei? Hören wir *Ernst Günter Vetter* in der FAZ vom 2. August 1985:

»Das Problem Arbeitslosigkeit kann nur durch die Kraft einer freien Wirt-

¹ *Peter Glotz*, »Wachstum ist möglich« in Wirtschaftswoche Nr. 29, 12.7.85.

schaft, nicht durch die Anmaßung einer Bürokratie gelöst werden. Wenn die liberale Ordnung funktionsfähig bleibt, ist beides gesichert, Freiheit und Verantwortung für den Menschen.« »Wie« aber, räsoniert dann *Vetter* weiter:

»Wie soll Wirtschaftspolitik aussehen, wenn prominente Sprecher der Sozialdemokratischen Partei die moderne freie Marktwirtschaft diffamieren, als ob diese Ordnung nichts anderes als ein längst versunkener Kapitalismus wäre? Gerade hat der Bundesgeschäftsführer der SPD, *Peter Glotz*, im Rahmen der erbitterten Debatte über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom 'neo-liberalen Ökonomismus' gesprochen, der das Phänomen der Arbeitslosigkeit als das unwichtigste Datum betrachte. Es gehört eben zum Ritual, die freiheitliche Wirtschaftsordnung moralisch zu disqualifizieren, damit das sozialistische Staatswirtschaftsmodell als eine 'sozial-ethische', dem Wohl der Menschen gemäße Wirtschaftsform dargestellt werden kann.« Und *Vetter* schließt:

»Wer wirklichkeitsfremde Lehrsätze als moderne Wirtschaftspolitik anbieten will, muß auch den dogmatisch festgelegten Urfeind wieder aus den alten Hüten zaubern, eben den Kapitalismus.«

So einfach ist das also: es gibt überhaupt keinen Kapitalismus mehr, und die Arbeitslosigkeit ist halt ein Phänomen. An Phänomenen aber kann man ja nichts ändern. Also kann man auch der real existierenden »freien« Marktwirtschaft keinen Vorwurf machen. . .

Stimmt das dann also auch gar nicht, was *Werner Pohl* in dem vorstehenden Aufsatz über die Massenarbeitslosigkeit u.a. geschrieben hat?

»Erst wenn aus Arbeitslosen wieder Beschäftigte geworden sind, ist das Problem 'gerechtes Entgelt für erwerbswirtschaftliche Arbeit' an der Reihe, und es ist in der Tat das ungelöste Problem. Nicht von ungefähr habe ich bei den Themen 'moderne Investitionsfinanzierung' und 'Zinslast für Staatsschulden' gezeigt, *wo und wie* gewaltige Mengen Arbeitsertrag der Schaffenden zu Gunsten der Geldkapitalbesitzer, die sich um den Erhalt oder gar die Vermehrung von Arbeitsplätzen nicht das mindeste scheren, 'umgelenkt' werden. Diesen Weg nimmt viel, viel mehr Geld, als jemals als (geächteter) Gewinn für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen – nach Besteuerung – kassiert wurde. Wer über 'gerechtes Entgelt' nachdenkt, muß m.E. diesen Sachverhalt zum Ausgangspunkt seiner strategischen Überlegungen machen.«

Wir dürfen also gespannt darauf sein, wie die Diskussion weitergehen wird. Solange freilich unsere maßgebenden Wirtschaftspolitiker an der Meinung festhalten, daß es nur auf die »Anregung der Investitionen« ankomme und daß diese vornehmlich mit steuerlichen oder anderen staatlichen, arbeitsrechtlichen, bürokratischen Mitteln erreicht werden könne – solange müssen wir alle Hoffnung fahren lassen. Denn was sind denn alle diese Maßnahmen anderes als ein Kurieren an den Symptomen der vom Kapitalismus verfälschten, also gerade nicht freien Marktwirtschaft. Solange das Geldkapital, dem es ausschließlich auf seine bestmögliche Verwertung, das heißt Verzinsung ankommt, der herrschende Faktor in der Marktwirtschaft ist, solange wird diese nicht voll funktionieren, nicht »sozial«, nicht menschengerecht sein. Gerade *nicht* die Investitionsseite – und das heißt faktisch die Geldkapitalseite – muß durch

Steuererleichterungen begünstigt oder durch andere staatliche Maßnahmen geschont werden, *sondern* sie muß – im Gegenteil – zur Geldkapital-Bereitstellung unmittelbar und direkt veranlaßt und im Falle der Verweigerung ihrer Dienste bestraft werden. Denn die *wirksame Nachfrage* allein ist der alles entscheidende Hebel zur Belebung und Aufrechterhaltung der Konjunktur; die wirksame Nachfrage mit Geld nach Waren, Dienstleistungen und Investitionsgütern aller Art *muß*, notfalls eben mit empfindlichen Nach-

druck, herbeigeführt, »angeregt« werden. Und zwar durch »Besteuerung eben dieses Geldes selbst durch eine von der Zentralnotenbank einzurichtende *Geldumlauf-Sicherung*. Dann hört die Konjunktur immer wieder abwürgende spekulative Geldkapitalzurückhaltung auf, sodaß der Zinssatz sinkt und dadurch endlich ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um all die so dringend notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Erde und zum Wohle aller Menschen in Angriff zu nehmen. -t

*Seminar für freiheitliche Ordnung
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e.V.*

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg, Stuttgart
Aktion Humane Schule, Eichstätt
Arbeitskreis zu Fragen des Abiturs, Berlin
Seminar für freiheitliche Ordnung, Boll

Sehr verehrte Damen und Herren,

wir würden uns sehr freuen, Sie auf der gemeinsamen bildungspolitischen Veranstaltung zu Fragen der Schulabschlüsse und des Berechtigungswesens begrüßen zu dürfen.

Die besten Voraussetzungen zur Überwindung der langen Rat- und Regungslosigkeit im Bildungswesen sind heute gegeben – erstmals wurde dieser Zustand nicht nur erkannt, sondern auch zugegeben.

»Wir sollten vor neuen Ideen keine Angst haben. Neue Ideen sind immer unerfreulich für alle Verwaltungen, aber sie sind unumgänglich. Unsere Chance liegt in der Vielfalt. Wir können Fehler in einem Bundesland angesichts von erfreulichen Entwicklungen in einem anderen Land korrigieren. Wir dürfen nicht in einen falschen Zentralismus verfallen und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse mit Uniformität der Bildungsverhältnisse zwischen Flensburg und Berchtesgaden verwechseln. Unser Ehrgeiz muß sein, diese Vielfalt so zu gestalten, daß Bürger sie als Reichtum empfinden. Von einem Wettbewerb der Länder um die bestmöglichen Lösungen können Schüler und Eltern nur profitieren. Kontraste, Alternativen müssen wir setzen auf allen Entscheidungsebenen im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich.

Wir müssen uns mehr Freiraum einräumen, nur dann können wir auch den Schulen den notwendigen Freiraum vermitteln, den wir in Zukunft brauchen. Gegenwärtig ist es so, als würden bildungspolitische Entwicklungen und Experimente nur noch an Privatschulen stattfinden, während das öffentliche Schulwesen durch allzu detaillierte Regelungen gefesselt ist. Geben wir den Schulen die Möglichkeit, sich ein Gesicht zu geben, und sorgen wir dafür, daß dieses Gesicht über die Ländergrenzen hinweg respektiert wird.«

Diese Worte des neuen Präsidenten der Kultusministerkonferenz Hans Schwier, Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, gerichtet an die Kultusminister unseres Landes, veröffentlicht in »Die Zeit« vom 22. Februar 1985, müssen mit Leben erfüllt werden.

Als freie, gemeinschaftliche Initiative wollen wir mit unserer Veranstaltung dazu beitragen.

Deshalb möchten wir Sie ganz herzlich einladen,

am Samstag, 28. September 1985
in Stuttgart, Hotel Graf Zeppelin

am bildungspolitischen Tagesseminar zu grundsätzlichen Fragen der Schulabschlüsse und des gekoppelten Berechtigungswesens teilzunehmen.

Wir wollen grundrechtliche, pädagogische und bildungspolitische Aspekte unseres Bildungssystems analysieren und erörtern. Und wir wollen zeitgemäße Alternativen vorstellen und diskutieren, vor denen wir (s. o.) »keine Angst haben sollten«.

Mit freundlichen Grüßen

für die
Veranstalter

Dr. med. H. H. Vogel

Programm

Das Abitur – eine Notwendigkeit?

Eine bildungspolitische Informations- und Diskussionsveranstaltung zu Fragen der Schulabschlüsse und des Berechtigungswesens.

Referenten: Prof. Dr. jur. Willi Geiger,
Bundesverfassungsrichter a. D.

Prof. Dr. Peter Paulig,
Kath. Universität Eichstätt

Christoph Lindenberg,
Seminar für Waldorfpädagogik, Stuttgart

Themen: Kindgemäße Schule – die Verfassung als
Rahmen und Normbasis (Prof. Dr. Geiger)

Der Auftrag des Erziehers gegenüber
Jugend und Gesellschaft (Prof. Dr. Paulig)

Leistung, Leistungskontrolle und
Berechtigungswesen (Christoph Lindenberg)

Veranstaltungsort: Hotel Graf Zeppelin, Stuttgart (gegenüber Hbf.)

Termin: Samstag, 28. September 1985, 10.00 Uhr

Veranstaltungsablauf:

10.00–11.00 Uhr	Vortrag Prof. Geiger
anschließend	Diskussion
12.00 Uhr	Mittagspause
14.00–15.00 Uhr	Vortrag Prof. Paulig
anschließend	Diskussion
16.00–16.30 Uhr	Kaffeepause
16.30–17.30 Uhr	Vortrag Christoph Lindenberg
anschließend	Diskussion
18.15–19.30 Uhr	Abendpause
19.30 Uhr	Gemeinsame Abschlußdiskussion mit den Referenten

Freiwilliger Unkostenbeitrag erbeten. (Richtsatz DM 30,--)

Bad Boll Medizinisches Seminar

Grundlagenseminar III
vom 30. bis 31. August 1985

und
Tierärzte-Seminar
vom 31. August bis 1. September 1985

im Saal der Firma Wala-Heilmittel GmbH
Bad Boll / Eckwälden

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in unserem Grundlagenseminar III wollen wir uns mit dem Thema »Methodisches zum Verständnis von Pathologie und Therapie« beschäftigen.

Das Tierärzte-Seminar wird wiederum im unmittelbaren Anschluß an das 3. Humanmedizinische Seminar durchgeführt, und zwar beginnt das Humanmedizinische Seminar am Freitag, dem 30. August 1985 – 9.00 Uhr und endet am Samstag, dem 31. August 1985 – 12.00 Uhr.

Das Tierärzte-Seminar beginnt nach der Mittagspause am Samstag, dem 1. August 1985 – 14.00 Uhr und endet am Sonntag, dem 1. September 1985 18.00 Uhr.

Die Teilnehmer am Humanmedizinischen Seminar möchte ich darauf aufmerksam machen, daß der Leiter der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere – Prof. Dr. Otto Christian Straub, Universität Tübingen – über Theorie und Praxis der Virologie sprechen wird.

Im unmittelbaren Anschluß an die Vorlesung von Herrn Professor Straub spricht Herr Dr. Helmut Sauer über die Therapie von Virusinfektionen in der Allgemeinpraxis. Im Anschluß an den Vortrag von Herrn Dr. Sauer wird Herr Dr. med. vet. Walter Greiff über die homöopathische Therapie bei Rinderrippe im Hinblick auf die Immunitätslage sprechen (siehe nachstehendes Programm des Tierärzte-Seminars).

Ich glaube, daß insbesondere diese eingehende Einführung in Theorie und Praxis der Virologie durch Herrn Professor Straub auch für uns Humanmediziner von größtem Interesse ist, da ja noch immer die Entstehung von Viren aus lebender,

jedoch zerfallender Kernsubstanz ungeklärt erscheint, vor allem auch die Frage, unter welchen Bedingungen Viren zu sog. Krankheitserregern werden. Die spezielle homöopathische Therapie bei sog. Viruserkrankungen ist von ganz allgemeiner Bedeutung, man denke an die Mittel wie Daphne mezereum, Thus tox., Apis, Argentum, Natrium mur., wie wir sie bei Herpes-Erkrankungen einsetzen. Ich möchte deshalb nicht versäumen, die Humanmediziner auch auf das Tierärzte-Seminar und seine Thematik aufmerksam zu machen.

Als Tagungsbeitrag erbitten wir DM 150,— pro Tagung. Bei Anmeldung für beide Tagungen beträgt der Tagungsbeitrag DM 200,—.

Für Studierende kann auf vorherigen schriftlichen Antrag der Tagungsbeitrag auf die Hälfte reduziert werden.

Wir bitten Sie, den Tagungsbeitrag sowie den Betrag für die bestellten Mahlzeiten (und zwar getrennt) mittels Schecks zu bezahlen bzw. auf das Konto Nr. 481 973 028, BLZ 600 697 66 bei der Raiffeisenbank in 7325 Boll zu überweisen. Falls Sie durch irgendwelche Gründe Ihre Teilnahme nicht wahrnehmen können, bitten wir um schriftliche Mitteilung, damit Ihnen der bezahlte Tagungsbeitrag (ausgenommen ist der Betrag für die Mahlzeiten) wieder zurücküberwiesen werden kann. Bitte geben Sie hierfür Ihre Bankverbindung an. In diesem Falle müssen wir leider wegen der anfallenden Kosten DM.20,— einbehalten.

Der Tagungsbeitrag sollte vor Beginn der Tagung bei uns eingegangen sein, damit bei Ihrer Ankunft die Eintrittskarte ohne Verzögerung ausgehändigt werden kann.

Wir bitten Sie, uns Ihre Anmeldung bis *spätestens 25. August 1985* zu übersenden. Ihre Anmeldung *gilt als bestätigt*, wenn Sie nicht innerhalb von 5 Tagen eine gegenteilige Antwort von uns erhalten. Dies gilt auch für Anträge auf Ermäßigung.

Mit freundlichen Grüßen .

für das
Bad Boller medizinische Seminar

Dr. med. H.-H. Vogel

Tagungsprogramm Grundlagenseminar III vom 30. bis 31. August 1985

Thema: Methodisches zum Verständnis von
Pathologie und Therapie

Tagungsort: Im Saal der Firma Wala-Heilmittel GmbH
Bad Boll / Eckwälden

Beginn: Freitag, den 30. August 1985, 9.00 Uhr

Ende: Samstag, den 31. August 1985, 12.00 Uhr

Freitag, den 30. August 1985

9.00-10.00 Uhr Die Einheit von Mensch und Welt im Simile-
Prinzip

- Dr. med. Lothar Vogel -

10.00-10.30 Uhr Kaffeepause

10.30-11.30 Uhr Krankheit als verlagertes physiologischer
Prozeß; Krankheit als Naturprozeß;
Beispiele: Arsen, Phosphor, Argentum, Bryonia,
Apis - Arzneimittelbilder (Teil I).

- Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel -

Kurzpause

11.30-12.15 Uhr Teil II mit Aussprache

12.15-14.30 Uhr Mittagspause
(Kaffee, Kuchen, Butterbrezeln im Hause)

14.30-15.15 Uhr Die Heilpflanzen der Loganiaceae
Gelsemium, Nux vomica, Ignatia, Spigelia,
Curare (Teil I)

Dr. rer. nat. Volker Seelbach -

Kurzpause

15.15–16.00 Uhr **Teil II**

16.00–16.30 Uhr Kaffeepause

16.30–17.15 Uhr **Die Konstitution von Arsen in der Homöopathie**

– Dr. med. Martin Stübler
Waldhausklinik Augsburg-Deuringen –

Kurzpause

17.15–18.00 Uhr **Die Konstitution von Phosphor in der Homöopathie**

– Dr. med. Martin Stübler –

Kurzpause

bis 18.45 Uhr **Therapeutische Aussprache**

18.45–20.00 Uhr **Abendpause (Abendimbiß nach Voranmeldung)**

20.00–21.00 Uhr **Das Wesen des Organismus
Das pathogenetische Prinzip als Prozeß-
verlagerung**

– Dr. med. Peter Matthiessen
Psychiater und Neurologe am
Gemeinschaftskrankenhaus in Herdecke –

Samstag, den 31. August 1985

8.30– 9.30 Uhr **Das Wesen der Solanaceae (mit Aussprache)**

– Ruth Mandera, Biologin –

9.45–10.00 Uhr **Pause**

10.00–11.00 Uhr **Kiesel und Kalk**

– Dipl.-Ing. Ernst Selinger –

11.00–11.15 Uhr **Pause**

11.15-12.00 Uhr **Therapeutisches Kolloquium**

Leitung: Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel

Hyoscyamus, Belladonna, Datura stramonium, Mandragora

12.00 Uhr

Abschluß des humanmedizinischen Seminars

Bitte beachten:

14.00 Uhr

Beginn des tiermedizinischen Seminars mit einer Vorlesung
von:

Prof. Dr. med. vet. Otto Christian Straub,
Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten
der Tiere, Tübingen

»Virologie, Theorie und Praxis«

Tagungsprogramm Tierärzte-Seminar
vom 31. August bis 1. September 1985

Thema: Viruserkrankungen und ihre Therapie
mit homöopathischen Arzneimitteln

Tagungsort: Im Saal der Firma Wala-Heilmittel GmbH
Bad Boll / Eckwälden

Beginn: Samstag, den 31. August 1985, 14.00 Uhr

Ende: Sonntag, den 1. September 1985, 18.00 Uhr

Samstag, den 31. August 1985

14.00–15.45 Uhr **Virologie, Theorie und Praxis**

– Prof. Dr. Otto Christian Straub

Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere,
Tübingen –

Kurzpause

15.45–16.30 Uhr **Virusinfektionen, ihre Therapie in der
Allgemeinpraxis**

– Dr. med. Helmut Sauer –

16.30–17.00 Uhr Kaffeepause

17.00–18.00 Uhr **Die homöopathische Therapie bei Rinderrippe
im Hinblick auf die Immunitätslage**

– Dr. med. vet. Walter Greiff –

18.00–19.00 Uhr **Aussprache**

Podiumsdiskussion mit den Referenten

• Diskussionsbeitrag Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel

Homöopathische Behandlung einer Virusopticusneuritis

19.00–20.00 Uhr **Abendpause (Abendimbiß nach Voranmeldung)**

- 20.00–21.00 Uhr – Gesundheit und Krankheit in der chinesischen Medizin
 – Akupunktur-Behandlung bei fieberhaft verlaufenden
 Infektionskrankheiten, Beispiel Rind
 – Funktionskreis Milz–Pancreas
 Akupunktur-Behandlung einer Indigestion beim Rind
 (mit Film)
 – Dr. med. vet. Annerose Weiß –

Sonntag, den 1. September 1985

- 9.00–10.00 Uhr Tierwesenskunde, Typus und Archetypus
 – Dr. med. Lothar Vogel –
 Kurzpause
- 10.00–10.45 Uhr Fohlenschutzimpfung, Behandlung ihrer Folgen,
 Immunitätsfragen, Stutenabortus
 – Dr. med. vet. Dietrich Wiendieck,
 Gestüt Maple Ridge Farm, Millbrook N.Y.–
- 10.45–11.15 Uhr Kaffeepause
- 11.15–12.15 Uhr Homöopathische Behandlung der Hundestaupe
 und Parvovirose
 – Dr. med. vet. Hartmut Krüger –
- 12.15–14.00 Uhr Mittagspause
- 14.00–14.45 Uhr Homöopathische Behandlung von Kreislauf-
 störungen bei Infektionskrankheiten
 – Dr. med. vet. Wilhelm Höfer –
- 14.45–15.15 Uhr Aussprache
- 15.15–15.30 Uhr Pause
- 15.30–16.15 Uhr Erfahrungen mit der homöopathischen
 Behandlung im Zoologischen Garten,
 Saarbrücken
 – Dr. med. vet. Barbara Münchau –
- 16.15–18.30 Uhr Pause
- 16.30–17.30 Uhr Zusammenfassendes Podiumsgespräch mit den Referenten
Leitung: Dr. med. vet. Hartmut Krüger
- 17.30 Uhr Abschluß



Kunst-und Kultur-
Anthropologisches
Seminar

Der Organismus der Sprache

Der Organismus der Dichtung

Zum menschenkundliche Verständnis der
Sprachgestaltungskunst

2. bis 5 September

Beginn: Montag, den 2. September, 20.00 Uhr

Ende: Donnerstag, den 5. September, 12.00 Uhr

Genauerer Programm nach persönlicher Anfrage

Spendenaufruf

Der Umbau unseres Seminargebäudes in Boll, Badstraße 35 (Trithemiushaus), bestehend aus Vortragsaal mit Bühne, Empore und Vorbereitungsraum (Teeküche) sowie einem kleinen Seminarraum, Büro und Wohnteil, steht vor dem Abschluß:

Bisher wurden folgende Leistungen erbracht:

1. Erneuerung und Sicherung der alten Fundamente sowie der gesamten Entwässerung und Kanalisation.
2. Die zur Nutzung des Saales notwendige Garderobe und Toilettenanlage wurde eingebaut.
3. Eine erdgasgespeiste Heizanlage (Fußbodenheizung) wurde eingerichtet.
4. Die Fenster wurden vergrößert und schallisoliert.
5. Der Saal wurde mit einem Foyer versehen.
Die erhöhte Bühne soll einen Schwingboden erhalten. Der Saalboden soll mit Keramikplatten ausgelegt werden. Die Innenwände sind neu verputzt und werden nach der Straßenfront mit Wärmedämmung versehen und mit Lärchenholz getäfelt.
6. Der Dachboden wurde durch Holzbinder verstärkt und damit zur späteren Nutzung vorbereitet.
7. *Außenputz, Dachreparaturen und Innenausstattung stehen noch aus.*

Nach Abschluß dieser Arbeiten kann der Bau seinem Zweck (Durchführung von Vorträgen, Studienkursen, Seminaren und Bühnenaufführungen) zugeführt werden.

Um dies zu erreichen, ist eine Abschlußfinanzierung erforderlich.

Wir haben deshalb auf das bisher unbelastete Gebäude eine erste Hypothek in Höhe von DM 150.000,- aufgenommen. Außerdem wurde uns eine Bürgschaft für ein zinsgünstiges Darlehen in Aussicht gestellt.

Wir wenden uns nunmehr erneut an unsere Freunde und Förderer mit der Bitte, zu überlegen, in welcher Weise Sie uns helfen können, den Bau zu vollenden.

Mit herzlichem Gruß

*Für das Seminar für Freiheitliche Ordnung
der Kultur des Staates und der Wirtschaft*

und für die mit ihm zusammen wirkenden Einrichtungen

Das Bad Boller Medizinische Seminar

Das Seminar für Kunst- und Kulturanthropologie

gez. Dr. H. H. Vogel, Fritz Penserot, Dr. L. Vogel

Vorankündigung für Heft Nr. 176 Sept./Oktober

Das Abitur – eine Notwendigkeit?

Berichte und Referate der bildungspolitischen Tagung vom 28. September 1985 in
Stuttgart.

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Fritz Penserot

Dhauner Straße 182, 6570 Kirn/Nahe

Werner F. Pohl

Fasanenring, 4030 Ratingen

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.
Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 123 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 und Heft 123.

Herausgeber der Zweimonatsschrift »Fragen der Freiheit«
Das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Boll, Badstraße 35,
Telefon (0 71 64) 25 72

Preis: Jahresabonnement DM 48.-, sfr. 40.-, ö.S. 350.-

Einzelhefte: DM 8.50, sfr. 7.-, ö.S. 60.-

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011/BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 483 000 000/BLZ 600 697 66

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto: John Stuart Mill in »Principles of Political Economy« (Übersetzung J. Starbatty in »Die englischen Klassiker der Nationalökonomie« Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, Seite 113)

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck GmbH, Göppingen



